

Lamuv Verlag Martinstr.7 5303 Bornheim-Merten

Telefon 02227/2111



Ariel Dorfman
Desparecer/Aus den Augen verlieren
Poems/Gedichte

Die Jahre des Terrors haben das Volk nicht zum Verstummen gebracht. Möglicherweise können Fremde das Flüstern, das kaum hörbar nach draußen dringt, nicht in Worte umsetzen und die Sprache des Widerstandes nicht verstehen. Es redet von der vielschichtigen Rebellion einer ganzen Nation, mit einem Alphabet aus kleinen Hoffnungen und mutiger Arbeit. Die Chilenen leiden nicht schweigend. Man hat oft gesagt, Chile sei eine Generalprobe für die Apokalypse, wo die Multinationalen heute Formeln ausprobieren, die schon morgen auf höher entwickelte Länder angewendet werden könnten: ein Experimentierfeld in der Dritten Welt. Vierzig Jahre nach Hitler und Mussolini ist mein Land die Reinkarnation des Faschismus, jedoch im Stil des ausgehenden 20. Jahrhunderts. (Ariel Dorfman in "Die ZEIT" am 8.9.78)

Herausgegeben von der Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles. Vorwort von H.G. Schmidt. 96 Seiten mit 8 ganzseitigen Zeichnungen, Englische Broschur, Hochformat 21 x 14,8 cm.
ISBN 3-921521-11-4, DM 12,80

MOEMA VIEZZER
„WENN MAN MIR ERLAUBT ZU SPRECHEN...“
Zeugnis von Domitila,
einer Frau aus den Minen Boliviens



Moema Viezzer

Wenn man mir erlaubt zu sprechen...

Zeugnis von Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens,
mit einem Vorwort von Günter Wallraff

Heinrich Böll: Das Zeugnis der Domitila ergänzt und bestätigt, was hochintellektuelle Analysen der Lateinamerikanischen Situation (etwa Eduardo Galeanos: Die offenen Adern Lateinamerikas), was hochliterarische Schilderungen (García Márquez, Alejo Carpentier, Vargas Llosa und viele andere) auf ihre Weise mitteilen: Die Ausbeutung (keine Gansfußchen!) wird fortgesetzt...

Romeo Rey: Wie diese »einfache« Frau komplizierte politische Zusammenhänge analysiert, Manöver von patron- und regimetreue-lichen Gewerkschaften entlarvt, den Elitismus mancher Intellektueller anklagt, wie sie das tägliche, stille Heldentum einer Proletarierfamilie darstellt und die grenzenlose Brutalität der Herrschenden erwidert, lässt jenen zinngrauen Band des Lamuv-Verlages zu einem unentbehrlichen Element für alle jene werden, die nicht nur Bolivien, sondern Lateinamerika überhaupt verstehen wollen.

176 Seiten, Broschur, Format 14,8 x 21 cm, 2. Auflage
ISBN 3-921521-05-X, DM 12,80

Jorge Icaza
HUASIPUNGO
Roman



Jorge Icaza

Huaspungo

Vorwort von Jorge Enrique Adoum, aus dem Spanischen
von Suzanne Heintz

Francisco Ferrandiz Alborz: Das Thema von Huaspungo konnte nicht einfacher noch seine Sprache direkter sein, aber gerade in diesen Charakteristiken besteht das Geheimnis der Größe dieses Werkes, in dem es »Spott, Satire, Sarkasmus, Schmähung, Verwünschungen, Fluch, Gotteslästerung, Worte wie atzende Speere gegen die Verlogenheit des Menschen gibt.«

Jorge Icaza über seinen 1934 erschienenen Roman: Wenn mich jemand fragt, ob es zutrifft, was in Huaspungo in bezug auf den lateinamerikanischen Landarbeiter erzählt wird, habe ich die Angewohnheit zu sagen: »Gehen Sie hin und sehen sie selbst.«

Dieser Roman, der Icaza international bekannt gemacht hat, wurde in 16 Sprachen übersetzt und in Südamerika in über 1 Mio. Exemplaren verkauft.

176 Seiten, Format 21 x 14,8 cm, Broschur
ISBN 3-921521-02-5, DM 16,80

In Vorbereitung: Jorge Enrique Adoum »Die Sonne unter den Hufen der Pferde und der Aufstieg in die Hölle« (Theaterstücke) und Hvalkol/Aaby (Hg.) »Gott muß Amerikaner sein« eine Studie über die Missionsarbeit.

Bitte fordern Sie unsere zweimal jährlich erscheinenden Informationen an, die wir Ihnen kostenlos zusenden. Bestellungen an jede Buchhandlung oder direkt an den Lamuv-Verlag.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 74

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

September 1979

Solidaritätspreis DM 2,-



CSU: „Von Frei trennt uns eine Welt von Unterschieden. Mit Pinochet haben wir Differenzen, aber wir halten es für möglich, diese Differenzen zu überbrücken.“

INHALT

I. ZU DIESEM HEFT	3
II. EDITORIAL	4
III. BRD	
– Gespräche unter Freunden	6
– Radio Noticias del Continente	10
IV. CHILE	
– 6 Jahre Militärdiktatur	11
V. NICARAGUA	
– Nach Somoza	19
VI. ARGENTINIEN	
– Verschwundene: Tod durch Gesetz	26
VII. BRASILIEN	
– Ein neuer Populismus	29
VIII. PERU	
– Lehrerstreik im vierten Monat	34
– Geschichte der APRA	36
IX. KOLUMBIEN	
– Ein Jahr zivile Diktatur	42
X. ECUADOR	
– Strukturwandel nach Wahlen?	47
XI. GUAYANA	
– Unruhen und Unterdrückung	49
XII. LESERBRIEF	50
XIII. WANDERAUSSTELLUNG	
– Kinder des Elends	53

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 6 der
CHILE-NACHRICHTENerscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,-

Vorauszahlung auf:
Sonderkonto des Chile-Komitees – „Hilfe für Chile“
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela SommerDer Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Beleg-
exemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Hungerstreiks in Chile und anderswo auf der Welt, Demonstrationen und Veranstaltungen erinnern an den 6. Jahrestag des Militärputsches in Chile. Waren es aber vor ein paar Jahren noch zehntausende, die gegen Pinochet auf die Straße gingen, sind es heute kleinere und vor allem andere Gruppen in Schulen, Gewerkschaften und Kirchen, die an den 11. September 1973 erinnern.

Die Konjunktur der Solidaritätsbewegung in der BRD konzentriert sich z. Z. eher auf Länder wie Nicaragua. Sorgen wir mit dafür, daß das chilenische Volk nicht in Vergessenheit gerät!

Die ÖTV hält es jedenfalls in dieser Situation nicht für nötig, sich am 6-tägigen weltweiten Transportboykott gegen chilenische Waren zu beteiligen. Auch durch das Telegramm des DGB-Vorsitzenden Vetter an Pinochet, in dem er u. a. die Freilassung der politischen Gefangenen fordert, werden die hervorragenden Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Chile – der Handel nahm im letzten Jahr um 43% zu – kaum beeinträchtigt werden. Auf diesem Hintergrund ist auch der Besuch des chilenischen Außenministers Cubillos in Bonn zu sehen, der zum guten Verständnis zwischen den Regierungen beitragen und der weiteren Verbesserung der Handelsströme dienen wird.

Deutsche Politiker reisen viel. Lambsdorff und Dregger haben die ökonomisch wichtigen Länder zwischen Mexiko und Chile besucht und im Namen der freien Marktwirtschaft konferiert. Am Rande fällt dann manchmal auch ein Wort zu den Menschenrechten. So freut sich Dregger darüber, daß der argentinische Innenminister alles mögliche tun will, um das Schicksal der ca. 12 000 Verschwundenen aufzuklären. In Wirklichkeit aber hat die Militärdiktatur ein Gesetz verabschiedet, durch das die Verschwundenen kurzerhand für tot erklärt werden können.

Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse zu Nicaragua hat seit dem Sieg der FSLN merklich nachgelassen. Dabei treten die wesentlichen ökonomischen Probleme und politischen Schwierigkeiten der Revolution erst jetzt richtig zutage. Um "die unmittelbare Not zu lindern", geben sich Regierungsvertreter in Nicaragua die Klinke in die Hand. aber bisher hat die Bundesregierung von den zugesagten 20 Mill. erst Hilfsgüter im Wert von ca. 3 Mill. Mark nach Managua geschickt. Außerdem ist eine deutsche Delegation zu politischen Gesprächen aufgebrochen.

Bevor man sich mehr engagiert, will man wohl sichergehen, daß das Geld nicht in die "falschen Hände" gerät.

In der Nummer 73 der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN haben wir anläßlich der Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß über seine good-will-tour für Pinochet im Herbst 1977 berichtet. Das Berliner Kammergericht hat jedenfalls befunden, daß die LN 73 deshalb geeignet sei, die Ordnung in den Haftanstalten zu gefährden.

Wie das im Einzelnen begründet wird, kann man im Editorial nachlesen.



BRD

Gespräche unter Freunden

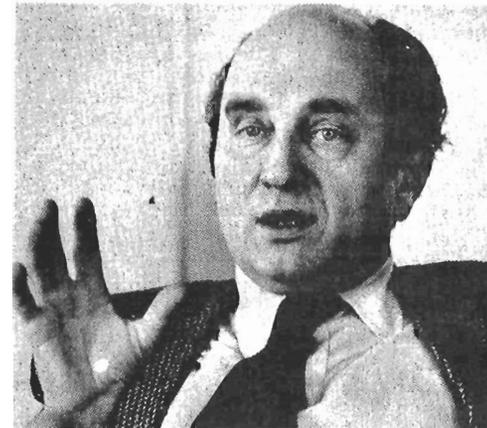
Die Reise des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff und des CDU-Politikers Dregger durch verschiedene lateinamerikanische Länder zeigt einmal mehr, daß die die offizielle BRD in Sachen Freiheit (für das Kapital, versteht sich) von niemandem übertreffen läßt. Für das zurückhaltende Auftreten in Sachen Menschenrechtsverletzungen liefert der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Peter Hermes eine bemerkenswerte Begründung.

Lambsdorffs Good-Will-Tour für das Kapital

Der westdeutsche Wirtschaftsminister, Graf Lambsdorff, stiftete zunächst einmal Verwirrung, als er von einer dreiwöchigen Reise durch verschiedene lateinamerikanische Länder in die Heimat zurückkehrte. War nun was gewesen oder war nichts gewesen? Diese Frage bewegte die Presse, aber auch die ausländischen Konkurrenten im Wettlauf um einen 15 Mrd. DM schweren Auftrag, der zum Aufbau des Atomkraftwerkszentrums Atucha II vergeben werden soll. Atucha I, das erste Atomkraftwerk auf lateinamerikanischem Boden, war von der Siemens-Tochter Kraftwerks-Union (KWU) gebaut worden. Ein zweites Atomkraftwerk wird zur Zeit von einem kanadisch-italienischen Konsortium gebaut. Das Geschäft, daß der Graf angeblich nicht betrieb - er ließ der Presse mitteilen, es gäbe augenblicklich keine Vertragsverhandlungen -, ist brisant. Neben einem weiteren Atomkraftwerk hat die argentinische Militärregierung eine Produktionsanlage für "schweres Wasser" ausgeschrieben, eine Anlage, mit deren Hilfe sich der nukleare Brennkreislauf schließen ließe. Argentinien verfügt selber über erhebliche Natur-Uran-Vorkommen; die Argentinier wären also in absehbarer Zeit kern-technisch unabhängig. Darüber experimentieren die argentinischen Militärs an einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe, was die Voraussetzung zur Herstellung von Plutonium ist, der Grundstoff zum Atombombenbasteln.

Der Minister hinterließ den Eindruck, als handele es sich bei der Kooperation zwischen der argentinischen Militärregierung und der Atomindustrie um eine reine Privatsache, insbesondere der KWU. Sozusagen, als sei die Vermischung zwischen staatlicher Politik und privatem Geschäft eine unschickliche Angelegenheit. Dies allerdings wäre in der Tat eine Neuigkeit mit Sensationswert. Die ganze Reise, die den Minister nach Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Argentinien führte, diente im wesentlichen zwei Zwecken: sie war in erster Linie eine Promotions-Reise für die Ausweitung deutscher Investitionen in Lateinamerika, in zweiter, vielleicht wichtigster Hinsicht, war es die heere Absicht des Grafen, sich noch einmal zu versichern, daß es in Lateinamerika mit der Marktwirtschaft seine Ordnung hat, und daß man unter keinen Umständen von diesem höchsten Ziel wirtschaftlichen Handelns abkommen dürfe.

Auf der ersten Station seiner Reise, in Mexiko, sondierte Lambsdorff zwar auch die Möglichkeiten zur Erschließung neuer Erdölquellen für die Bundesrepublik, aber das war keineswegs vorrangiges Ziel seines Aufenthaltes; Mexiko ist nämlich mit seinen Erdöllieferungen bis ca. 1982 ausgebuht. 1982 findet in Mexiko aber der Präsidentenwechsel statt, was soviel heißt, wie: über diesen Zeitraum hinaus können keine konkreten Absprachen getroffen werden. Es kam folglich zu keinen Vertragsabschlüssen. Lambsdorff sagte hinterher, das sei auch nicht seine Aufgabe gewesen. Sehr wohl aber hatte Lambsdorff im Auge, daß Mexiko in den nächsten Jahren, bis 1982, über ein zusätzliches Devisenpotential von mindestens 20 Mrd US-Dollar aufgrund der Erdölverkäufe verfügen wird.



Wirtschaftsminister
Lambsdorff:
zu Besuch
bei Diktatoren

Mexiko ist also ein attraktiver Markt für den Verkauf von Ausrüstungsgütern, aber auch eine Anlagemöglichkeit für westdeutsche Kapitalinvestitionen; und gerade da liegt nach Ansicht des westdeutschen Kapitals und seines Wirtschaftsministers einiges im Argen. Zum einen belaufen sich die westdeutschen Kapitalinvestitionen in Mexiko auf lediglich 766,1 Mio DM, das sind nur 9,6% aller westdeutschen Investitionen in Lateinamerika. Mexiko liegt weit abgeschlagen hinter Brasilien, wo fast 4,5 Mrd DM investiert sind, das entspricht 55,8% aller westdeutschen Kapitalinvestitionen auf dem Subkontinent. Aber die Sache hat einen Haken: die mexikanische Gesetzgebung erlaubt Beteiligungen ausländischen Kapitals an inländischen Produktionsanlagen nur bis zu einem Anteil von 49%, eine gesetzliche Bestimmung, von der allerdings Ausnahmen gemacht werden können. Es mußte also dem Minister darum gehen, in Mexiko ein gutes Klima zu schaffen, um westdeutsche Investoren in den Genuß dieser Ausnahmeregelungen zu bringen. Mit anderen Worten: Marktwirtschaftliche Verhältnisse mußten also erst (wieder)hergestellt werden. Die sozial-liberale Koalition sieht es offensichtlich als ihre Aufgabe an, jeden Verstoß gegen marktwirtschaftliche (Un-)Ordnung höflich, aber bestimmt anzumahnern. Am Rande soll nur bemerkt werden, wie der Graf versuchte, seine Gastgeber bei Laune zu halten, indem er ihnen Komplimente machte. Ganz im Stile seines Chefs, des Bonner Weltökonomens Schmidt, lobte er den mexikanischen Präsidenten López Portillo und bescheinigte ihm "bemerkenswerte Klarheit in der Einschätzung der Weltwirtschaft". Undiplomatisch ausgedrückt, heißt das, daß die BRD und mit ihr das westdeutsche Kapital sich freuen, daß Mexiko sich geweigert hat, der OPEC, der Organisation erdölexportierender Staaten beizutreten.

Kolumbien und Venezuela blieben relativ unbedeutende Kanstationen der Reise, wobei es allerdings auch in Venezuela um deutsche "Kapitalhilfe" bei der weiteren Erschließung von Erdölfeldern ging. Auch in Brasilien sollte eigentlich nur ein Höflichkeitsbesuch abgestattet werden. Mit Brasilien (oder richtiger, mit dem brasilianischen Militärregime) hat die BRD keine Probleme; der Besuch von Bundeskanzler Schmidt ist dort noch in Erinnerung, Brasilien ist ein Land, das sich eigentlich an Marktwirtschaft nicht übertreffen läßt. Der Besuch in Brasilien wäre noch harmonischer verlaufen, hätte nicht das brasilianische Wirtschaftsblatt "Gazeta Mercantil" den in Brasilien geheimgehaltenen Vertrag mit der KWU veröffentlicht, in dem die staatliche Kernenergiebehörde NUCLEBRAS praktisch entmündigt wird (mehr dazu im Brasilien-Artikel dieses Heftes). Auch hier war wieder ein Dementi fällig, diesmal dementierte die KWU selber.

Diese Reise war eine Reise der Dementis, scheint es; das hat aber seinen guten Grund. Die Bundesrepublik hat seit Jahren kein Kernkraftwerk mehr exportiert und die westdeutsche Atomlobby will unter allen Umständen Atomkraftwerke exportieren. Dabei ist das Geschäft mit Militärdiktaturen politisch brisant, sofern sich herausstellen sollte, daß mit deutscher Hilfe schließlich auch Atomwaffen produziert werden. (Südafrika ist ein weiteres Land in dieser Reihe, das sich wie Argentinien und Brasilien dadurch auszeichnet, zwar nicht sonderlich demokratisch zu sein, dafür aber umso marktwirtschaftlicher; diese Länder verfügen alle auch über Natur-Uran. Nicht zu dementieren brauchte der Minister seine Äußerung, er sei von den Erfolgen seines argentinischen Kollegen Martínez de Hoz, den man für das wachsende Elend der argentinischen Massen durchaus verantwortlich machen kann, beeindruckt.

Schwarze Paukenschläge: Dregger im Cono Sur

Einem anderen unermüdbaren Kämpfer für die Freiheit des Kapitals gab der Minister in Argentinien quasi die Türklinke in die Hand: Der hessische CDU-Vorsitzende und Strauß-Intimus Dregger kam aus Santiago de Chile, wo sich die Pinochet-Clique gerade für die Feiern zum sechsten Jahrestags des Putsches gegen Allende rüstete, Lob aus dem Munde westdeutscher christlich-demokratischer oder christlich-sozialer Politiker für die chilenische Militärdiktatur sind zwar nichts Neues (s. LN 73, sowie "Editorial" in diesem Heft), doch verdienen die Äußerungen Dreggers wegen ihrer brutalen Offenheit noch einmal zitiert zu werden.

Zwar räumte Dregger ein, daß es in Chile Menschenrechtsverletzungen während des Putsches und unmittelbar danach gegeben habe, aber inzwischen habe sich die Lage entscheidend gebessert. Auch Dregger zeigte sich beeindruckt von den ökonomischen Erfolgen; dabei fiel ihm selber der Widerspruch wohl auch auf, als er sagte, daß zu hoffen sei, daß "steigende Investitionen und anhaltendes Wirtschaftswachstum zu steigendem Realeinkommen der breiten Schichten führen". Dies ist in der Tat eine sehr feinsinnige Umschreibung der Misere, die die Wirtschaftspolitik der Militärs angerichtet hat. Interpretiert man Dregger weiter, so ist das "Unglück", in das Chile durch Allende gestürzt wurde, dem "Glück" gewichen, unter "streng marktwirtschaftlichen" Gesichtspunkten sinkende Realeinkommen der breiten Schichten in Kauf nehmen zu müssen. (Sämtliche Zitate aus einem Interview, das Dregger der chilenischen Zeitung "El Mercurio" gegeben hat.)

Aber Dregger setzte sich auch für die Freiheit ein; zur marktwirtschaftlichen Ordnung gehören auch freie Unternehmerverbände und freie Gewerkschaften sowie ein demokratisches Regierungssystem. Da aber im Weltbild deutscher Christdemokraten überall auf der Welt Freiheit gegen Sozialismus steht, müssen marxistische Kräfte von dieser Freiheit ausgenommen werden. Folgerichtig war dann auch die Mahnung an die regierenden Militärs, die Demokratie nicht zu spät wiedereinzuführen; denn käme die Demokratie zu spät, so könne das zu Frustrationen und zu "falschen Bündnissen" führen. Die Christdemokraten Chiles werden schon verstanden haben, daß diese Mahnung weniger den Militärs galt, als ihnen: auf dem Weg zur Demokratie dürfen sie - wollen sie des (finanzkräftigen) Wohlwollens ihrer deutschen Schwesterparteien sicher sein - nicht noch einmal ein Bündnis mit dem (marxistischen) Teufel eingehen.

In die BRD zurückgekommen, freute sich Dregger dann gegenüber der Stuttgarter Zeitung darüber, "daß in Chile einige Tage nach meinem Besuch der frühere christdemokratische Präsident Frei in einer öffentlichen Rede den Rücktritt Pinochets fordern konnte und daß in Argentinien einige Tage nach meinem Besuch der Innenminister vor der Presse erklärt hat, er werde das Mögliche tun, um das Schicksal der im Bürgerkrieg Vermissten aufzuklären".

Dreggers Freude war wohl nur gespielt: die Rede von Frei durfte nicht veröffentlicht werden. Sich über das, was der argentinische Innenminister vorhat zu freuen, ist blanker Zynismus. Die Vermissten werden nämlich kurzer Hand für tot erklärt (s. Argentinienbericht-erstattung in diesem Heft).

Gespräch unter Freunden

Daß man in der Bundesrepublik nicht viel davon hält, den Protest gegen Gewaltherrschaft und Diktatur öffentlich zu machen, hat inzwischen ein weiterer deutscher Politiker dargelegt. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Peter Hermes, hat sich in bemerkenswerter Klarheit über "Aspekte und Perspektiven der deutschen Lateinamerikapolitik" zu Wort gemeldet. In einem Aufsatz mit diesem Titel (in: Europa-Archiv, Jahrgang 1979, Heft 14) finden sich einige Äußerungen, die geradezu das Erklärungsmuster für das Verhalten von Lambsdorff und Dregger liefern. Einige seiner Äußerungen sollen hier kurz kommentiert werden.

Auch der Ausgangspunkt des Artikels von Hermes ist eine ökonomische Betrachtung über den Subkontinent. Für den Staatssekretär sind in Zukunft Verteilungskämpfe zu erwarten, die die Stabilität der Region in Frage stellen müssen. Welche Art von Stabilität er meint, sagt Hermes nicht. Aber ein kurzer Blick auf die politische Landkarte klärt uns dann doch auf: mit wenigen Ausnahmen herrschen stabile Verhältnisse nur unter den Militärdiktaturen, und deren Stabilität möchte Hermes eben nicht untergraben. Im Gegenteil, es finden sich lobende Worte wie die, daß die Militärs ja oligarchische Strukturen abgeschafft hätten. Und da liegt dann für einen westdeutschen Politiker wohl auch der Vorteil: mit "modernisierten" Ländern lassen sich auch bessere Geschäfte machen. Und für gute Geschäfte braucht man stabile Regierungen.

Aber Hermes ist sich auch bewußt, daß er über Lateinamerika nicht schreiben darf, ohne die Menschenrechtsfrage zu erwähnen. Schließlich wird er vor nächsten Jahr a die Bundesrepublik als Botschafter in Washington vertreten, und bei den Carters sind die Menschenrechte ja groß im Geschäft. Also muß er auch darauf eingehen: "Im letzten Jahrzehnt war es um die Menschenrechte in einigen Ländern der Region schlecht bestellt." Hermes plädiert, ganz im Sinne der beiden Reisenden, für unauffällige Schritte. Ein offenes Wort unter Freunden verspreche mehr Wirkung als öffentliche Anklagen.

Wir kennen die Freunde von Herrn Hermes nicht; sollte es sich dabei um lateinamerikanische Diktatoren handeln, so war der Einsatz westdeutscher Politiker - pausenlos um die Freiheit bemüht - für die Menschenrechte bei diesen in jüngster Zeit wirklich äußerst unauffällig: ein derartiger Einsatz ist niemandem aufgefallen.

Radio Noticias del Continente

Radio Noticias sendet seit dem 15. Juni 1979 auf Kurzwelle 39 - 41 m jeden Tag von 20 bis 1 Uhr südamerikanischer Zeit. Seine Sendungen kann man sehr gut in allen südamerikanischen Ländern empfangen.

Das gibt die Möglichkeit, Informationen zu senden, die nicht von den Diktaturen zensiert werden. Durch dieses Radio können die demokratischen Kräfte und die Befreiungsbewegungen über ihre Arbeit und ihren Kampf in der ganzen Welt ihren Genossen in Lateinamerika berichten.

Radio Noticias ist auch sehr daran interessiert, Informationen über die Solidaritätsbewegung zu bringen, um damit den Menschen, die in den Militärdiktaturen leben und kämpfen zu zeigen, daß sie auch im Ausland unterstützt werden. Man kann geschriebene oder auf Kassette gesprochene Informationen schicken, am besten auf Spanisch. Wenn sie auf deutsch sind, sollte möglichst eine spanische Übersetzung mitgeliefert werden.

Wer Interesse daran hat, Radio Noticias Berichte aus der BRD zukommen zu lassen, der kann sich an die Lateinamerikanachrichten wenden.

CHILE

6 Jahre Militärdiktatur

Am 11. September ist die chilenische Militärdiktatur 6 Jahre an der Macht. Dieser neue Jahrestag ist ein unumstößlicher Beweis dafür, daß Pinochet die mit dem Putsch errichtete Herrschaft konsolidieren konnte.

6 Jahre Diktatur: Wie war das möglich?

Das, was heute klar ist, erschien vor 5 Jahren noch vollkommen unmöglich, als es in der BRD und Westberlin noch eine starke Solidaritätsbewegung gab, die den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärdiktatur unterstützte. Die Schwierigkeiten, auf die die Junta bei ihren Konsolidierungsversuchen traf, ließen einen baldigen Sturz der Diktatur möglich erscheinen.

Die schwere Wirtschaftskrise von 1975 verstärkte den Glauben an eine schnelle Absetzung des Diktators Pinochet. Der starke Rückgang der Industrieproduktion (-27% gegenüber 1974) führte zu dem Gedanken, daß auch die Bourgeoisie in Opposition zu Pinochet stehe und seine Absetzung verlange. Mit der Zeit erwiesen sich aber alle diese Annahmen als falsch. Tatsächlich machte die Militärjunta eine Politik, die es ihr erlaubte, tiefgreifende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur einzuleiten, die ein Licht darauf werfen, wie umfassend ihre Politik ist. Der Grund der Beständigkeit des Regimes liegt in seiner Fähigkeit, während des gesamten Prozesses eine tragfähige Allianz der wichtigsten Fraktionen der nationalen Bourgeoisie und der Repräsentanten des ausländischen Kapitals in Chile herzustellen, die sich auf drei grundlegende Ziele bezieht: 1) Zerstörung eines wichtigen Teils der Volksbewegung, um dadurch das größte Hindernis bei der Restrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft Chiles zu beseitigen, 2) Umstrukturierung der Wirtschaft durch völlige Öffnung für das Auslandskapital und durch den Abbau der traditionellen Staatsintervention, sowie durch eine Beschleunigung des Modernisierungsprozesses in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen: im Finanzsektor (in dem der Privatsektor an die Stelle der aktiven Rolle des Staates tritt), in der Landwirtschaft (in der große kapitalistische, exportorientierte Unternehmen den alten Großgrundbesitz verdrängen) und im industriellen Sektor (in dem ein beschleunigter Konzentrations- und Zentralisationsprozeß und eine wachsende Durchdringung von internationalem und nationalem Kapital stattfinden, was der Industrie eine Exportsteigerung ermöglichen soll), 3) Schaffung eines institutionellen Rahmens, der langfristig die Beständigkeit der unter Punkt 2) genannten Veränderungen garantieren soll.

Nach der weitgehenden Durchführung der ersten beiden Punkte konzentrieren sich jetzt die Anstrengungen der Junta auf die Schaffung einer neuen Institutionalität, die den neuen Charakteristiken des heutigen kapitalistischen Systems in Chile entspricht. Bezüglich dieses Ziels gibt es seit Beginn des Jahres 1977 eine Diskussion über die neue Verfassung, die das Geschick des Landes in den kommenden Jahren bestimmen soll. Gleichzeitig wird eine Reihe von Gesetzesände-

rungen in den verschiedensten Bereichen durchgeführt. Im Erziehungsbereich wird die universitäre und die allgemeine Erziehung neu geordnet. Das Nationale Gesundheitswesen wird großenteils privatisiert, während dem Staat nur noch eine Unterstützungsfunktion zukommt. Ein neues Gesetz gewährt der Zentralbank Autonomie gegenüber der politischen Macht, so daß auch hier der Staat nur noch eine subsidiäre Funktion hat, wie es den Prinzipien der Diktatur entspricht. Ähnliche Veränderungen gibt es im System der sozialen Sicherheit und in der Arbeitsgesetzgebung, auf die wir im Verlauf der Analyse noch genauer eingehen werden.

Institutionalisierung und Widersprüche in der Junta

Die wichtigsten Ideologen der Junta sind - infolge der Vorgänge in Lateinamerika und der ganzen Welt - zu der Überzeugung gekommen, daß jede noch so dauerhafte Diktatur langfristig gestürzt wird - und daß dabei die Vorteile, die sie für die Monopolbourgeoisie erreicht hat, verloren gehen -, weil sie nicht fähig war, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Militärdiktatur durch eine zivile Regierung abgelöst wird, die zwar die wichtigsten Linien des von der Diktatur errichteten Systems beibehält, aber gleichzeitig einen Konsens zwischen den wichtigsten Bevölkerungsschichten ermöglicht.

Das große Problem besteht nun aber darin, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Heute scheinen 2 Alternativen möglich: Die erste wurde 1977 von Pinochet in seiner Rede an die Jugend in Chacarillas vorgetragen und in weiteren Verlautbarungen bestätigt. Hier handelt es sich darum, ein Verfassungsprojekt ohne Beteiligung der bürgerlichen Opposition auszuarbeiten, das nach seiner Bestätigung durch die Regierung einem Plebiszit unterworfen werden soll. Nach einer Übergangsperiode von vermutlich 10 Jahren sollen dann der Präsident und das Parlament durch allgemeine Wahlen bestimmt werden. Nach diesem Plan wird den politischen Sektoren der bürgerlichen Opposition bis zum Ende der Übergangsperiode keinerlei Beteiligung an der politischen Macht gewährt.



General Matthei

Die zweite Alternative unterscheidet sich erheblich von Pinochets Plan. Sie wurde als "persönliche" Meinung des derzeitigen Oberkommandierenden der Luftwaffe, General Matthei, vorgetragen und fand ein starkes Echo im MERCURIO, dem wichtigsten Informationsmedium des Landes. Matthei sieht nicht ein, warum es nötig ist, so überstürzt eine Verfassung zu machen. Ganz im Gegenteil ist es nötig - so der General -, daß die Chilenen einen Lernprozeß durchmachen, um zu erfahren, was wirkliche Freiheit ist. Dies soll durch die Durchführung verschiedener Reformen geschehen, die ein System errichten, das der "sozialen Marktwirtschaft" angepaßt ist (siehe oben). Diese Reformen sollen - wie bisher - ohne die Beteiligung der oppositionellen Kräfte beschlossen werden. Die neue Verfassung, die in ungefähr vier Jahren verkündet werden soll, soll lediglich die durch die tiefgreifenden sozio-ökonomischen Veränderungen bewirkte neue Praxis verfassungsrechtlich sanktionieren. So wäre es möglich, die christdemokratische und sozialdemokratische

Opposition an der Ausarbeitung der Verfassung zu beteiligen. Dies würde wahrscheinlich dazu führen, daß das neue Grundgesetz einen Konsens dieser politischen Sektoren repräsentiert. Diese Alternative drückt die Ansicht der politischen Kräfte aus, die glauben, daß es unmöglich ist, eine neue Institutionalität gegen die oppositionellen bürgerlichen Gruppen zu schaffen, sondern daß die einzige Möglichkeit der Konsolidierung darin besteht, jene Kräfte aktiv an der politischen Diskussion zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die bürgerliche Opposition die Legitimität der Regierung Pinochet anerkennt und akzeptiert, daß der Institutionalisierungsprozeß unter der Leitung der Junta vorstattgeht.

Die DC und Frei's demokratischer Weg

Diese Bedingung wird derzeit von den Christdemokraten nicht akzeptiert. Sie bestehen darauf, daß die Militärherrschaft beendet werden muß, und die Militärs in die Kasernen zurückkehren. Die Vorgänge in Nicaragua werden von verschiedenen Christdemokraten immer wieder zitiert um zu zeigen, was passieren kann, wenn sich eine Diktatur nicht rechtzeitig zurückzieht. Der ehemalige Erziehungsminister der Regierung Frei und heutige leitende Funktionär der DC erklärte unter Bezugnahme auf einen Artikel der offiziellen Zeitschrift QUE PASA: "Es ist bedauerlich, daß dieser Kommentar keine Überlegungen darüber enthält, was die leidvolle Erfahrung Nicaraguas für uns bedeutet. Nach 40 Jahren Diktatur befindet sich diese Nation in einer offensichtlich chaotischen Situation, in der die dominierende Anwesenheit marxistischer Kräfte ein beunruhigendes Zeichen für die Zukunft ist ... Dies scheint das Ende aller Diktaturen zu sein, die nicht rechtzeitig die Kanäle zur Wiederherstellung der Demokratie öffnen und sich darauf versteifen, ohne wirklichen Rückhalt im Volk zu haben, an der Macht zu bleiben. Völker widerstehen - wie Menschen - nicht ewig dem auf sie ausgeübten Druck und beschreiten die Wege des Blutvergießens, wie leidvoll sie auch sein mögen. Andere Länder und andere Regierungen bewiesen die Vernunft, diese schlimmen Dinge zu vermeiden. In dieser Stunde ist Spanien ein Beispiel dafür." (QUE PASA, Nr 434, S. 4)

So versuchen die Christdemokraten auf Regierungsstellen Druck auszuüben, um eine politische Öffnung zu erreichen. Gleichzeitig machen sie ihr Interesse an einer Zusammenarbeit deutlich, um in Chile einen Prozeß der Gesellschaftsveränderung wie in Nicaragua zu verhindern.

Diese Absicht liegt dem ganzen Kampf der DC gegen die Diktatur zugrunde. Die partiellen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Arbeits- und Verfassungsgesetzgebung begannen sich zu vereinheitlichen, als Eduardo Frei, der Führer der Democracia Cristiana, ein allgemeines Aktionsprogramm zur Wiederherstellung der Demokratie verkündete. Dieses Programm wurde auszugsweise in der christdemokratischen Zeitschrift HOY abgedruckt. Die vollständige Publikation des Programms wurde jedoch von der Regierung verboten.

Die wichtigsten Aspekte der "Vorschläge" Frei sind folgende: 1) Wiederherstellung der Grundfreiheiten in Übereinstimmung mit der Verfassung Chiles und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Abschaffung



Eduardo Frei

aller Maßnahmen, die diese Rechte einschränken und Aufhebung des Ausnahmezustandes. 2) Ausarbeitung einer Verfassungsreform durch ein wirklich repräsentatives Organ. 3) Einsetzung einer Regierung, die erklärt, daß sie folgende Ziele hat: Heilung der Wunden der Vergangenheit, Wiederherstellung der Demokratie und Garantierung der internationalen Sicherheit Chiles. 4) Volle Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte und substantielle Änderung des Arbeitsplans (Plan Laboral). 5) Verabschiedung eines Parteiengesetzes. 6) Wiedereinführung von Wahlregistern. 7) Herstellung eines nationalen Konsenses, der einen demokratischen, friedlichen und gewaltlosen Ausweg garantiert und die Weiterentwicklung ermöglicht. (HOY, Nr 110, S. 9-10)

Die verschiedenen bürgerlichen Kräfte haben die allgemeinen Grundlinien ihrer Politik dargestellt. Auf dieser Basis entwickelt sich derzeit eine heftige Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Sektoren. Diese versuchen dabei, möglichst viel Unterstützung zu gewinnen, um der Institutionalisierung die jeweils von ihnen gewünschte Form zu geben. Aber die DC verfügt derzeit nicht über die Macht um ihren Weg durchzusetzen zu können.

Die Militärs selbst sind untereinander zerstritten und unfähig, ein gemeinsames Projekt vorzulegen. Die harte Linie möchte den Institutionalisierungsprozeß unter Ausschluß der Christdemokraten vorantreiben. Die "Sanften" ("blandos") sind sich darüber im klaren, daß die neue Institutionalität nur mit der Partizipation der Christ- und Sozialdemokraten möglich ist, betrachten es aber als verfrüht den von der Opposition abgelehnten Pinochet abzusetzen. Der Ausweg aus dieser "Sackgasse" hängt vom Kräfteverhältnis innerhalb der Bourgeoisie ab, da die Volksbewegung noch eine sekundäre Rolle spielt. Unter den heutigen Umständen ist es am wahrscheinlichsten, daß die "Sanften" sich Pinochet und seinen Vorschlägen anschließen. Gleichzeitig werden sie wohl Druck auf die DC ausüben, die Regierung für einige Zeit zu akzeptieren, wofür ihr als Gegenleistung eine verstärkte Partizipation und größere Ausdrucksmöglichkeiten in der laufenden politischen Diskussion geboten würden.

Die neue Arbeitsgesetzgebung

Im Januar war angekündigt worden, daß ab Juli eine neue Arbeitsgesetzgebung in Kraft treten sollte, die Teil der tiefgreifenden Reformen des Regimes sei. Nun gab der Arbeitsminister die Grundlinien der gesetzlichen Bestimmungen über kollektive Tarifverhandlungen und über das allgemeine Gewerkschaftsleben bekannt. In einer Radio- und Fernsehansprache erklärte er, die neue Arbeitsgesetzgebung sei abgestimmt auf die "soziale Marktwirtschaft", die in Chile herrsche. Das wirkliche Ziel des Plans ist es aber, den Gewerkschaften die Verteidigung der Interessen der Arbeiter unmöglich zu machen. Dieser Plan stellt – sogar nach der Meinung der regimetreuen Gewerkschaftsfunktionäre – einen Rückschritt gegenüber den in der Vergangenheit erworbenen Rechten der Arbeiter dar.

Die wichtigsten Inhalte des Plan Laboral sind:

1) In jedem Unternehmen können mehrere Gewerkschaften existieren, vorausgesetzt sie haben mindestens 25 Mitglieder, bzw. vertreten mindestens 10% der Gesamtbelegschaft. Der Beitritt zur Gewerkschaft ist freiwillig, Gewerkschaftsbeiträge werden nur von den Mitgliedern erhoben. In der Praxis bedeutet dies die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung (während es in der Vergangenheit eine Einheitsgewerkschaft gab), die Gründung von Gewerkschaften durch unternehmerfreundliche Elemente und der Entzug der Finanzbasis der gewerkschaftlichen Organisationen.

2) Kollektivverhandlungen über Tarifverträge dürfen nur auf Betriebs-, nicht auf Industriezweigesebene geführt werden. Damit soll die Gewerkschaftsbewegung geschwächt werden, besonders da die Mehrheit der Gewerkschaften ernste Schwierigkeiten haben wird, die technische Beratung zu erhalten, um mit den Unternehmern verhandeln zu können (man muß dabei die große Zahl mittlerer und kleiner Betriebe bedenken). Die Folgen dieser Bestimmung sind noch weit ernster auf dem Land, wo die meisten Güter nur wenige Arbeiter haben. Auf Grund des dort herrschenden Kräfteverhältnisses ist die Möglichkeit, kollektiven Druck auszuüben, einfach nicht vorhanden.

3) Das gleiche Gesetz sieht vor, daß die Unternehmer über ihre Interessenverbände die gleichen Rechte erhalten wie die Gewerkschaften. Unter dem Vorwand der Gleichheit vor dem Gesetz wird die Effektivität der einzigen Verteidigungswaffe der Arbeiter gegenüber der offensichtlichen Übermacht des Kapitals verringert.

4) Zwar wird das Streikrecht anerkannt (außer für die öffentlichen Angestellten und für die Beschäftigten einer Reihe von Betrieben von nationaler Wichtigkeit. Die Liste dieser Unternehmen wird jedes Jahr neu festgelegt), aber die Unternehmer dürfen während eines Streiks vorübergehend andere Arbeiter einstellen, was faktisch die Leugnung des Streikrechts bedeutet. Andererseits wird das Recht der Unternehmer auf Aussperrung garantiert. Nach 60 Streiktagen ist der Arbeiter gezwungen, entweder das Unternehmerangebot anzunehmen oder seinen Arbeitsplatz aufzugeben.



Eduardo Rios

Andererseits kündigte der Führer der "Gruppe der 10", Eduardo Rios, an, daß die Arbeiter möglicherweise mit einem Generalstreik auf den Plan Laboral reagieren würden. Die Möglichkeit dieses Streiks wurde aber bis jetzt noch nicht näher konkretisiert.

Das Problem der Arbeitsgesetzgebung berührt auch den Konflikt zwischen der Regierung und der Democracia Cristiana. Letztere benutzt dieses Problem, um Unterstützung für ihr Projekt der demokratischen Öffnung zu gewinnen, mit Hilfe deren sie stärkeren Druck auf das Regime ausüben kann. Das gleiche geschieht auch mit der Boykottandrohung. In diesem Sinn muß man die Haltung einiger Gewerkschaften mit Vorsicht betrachten, die in ihren eigenen Ländern eine

In der einen oder anderen Form sprachen sich alle chilenischen Gewerkschaftsorganisationen gegen die Pläne der Diktatur aus. Die "Gruppe der 10" kritisierte am heftigsten das Projekt. Ihre wichtigsten Kritikpunkte waren: Die Kollektivverhandlungen müssen auf der Ebene von Industriezweigen geführt werden. Es ist unmöglich eine Arbeitsgesetzgebung ohne die Beteiligung der Betroffenen zu machen.

Aber es blieb nicht nur bei dieser Kritik. Angehörige der "Gruppe der 10" begaben sich nach Venezuela und in die USA um den Charakter des neuen Gesetzes zu denunzieren. Dies führte zur Ausrufung eines Boykotts gegen chilenische Produkte vom 9. bis 16. September. Dieser Boykott hat symbolischen Charakter, aber im November sollen weitere Treffen stattfinden, auf denen dieses Thema erneut diskutiert wird.

Gewerkschaftsgesetzgebung unterstützen, die in verschiedenen Punkten mit der von Arbeitsminister Piñera übereinstimmt.

Politische Öffnung in Lateinamerika und die Institutionalisierungs-Diskussion in Chile

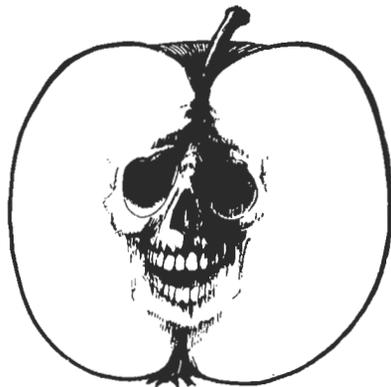
Das Verbot der christdemokratischen Zeitschrift HOY (vgl. LN 73., S. 62) ist bezeichnend für die Art, wie die Institutionalisierungsdiskussion ablaufen muß. HOY wurde geschlossen, weil sie angeblich die Grenzen überschritten hatte, die Pinochet im Nachhinein in der politischen Diskussion gesetzt hatte. Die Grenzen bestehen darin, daß man der Regierung nicht die Legitimität absprechen und man keine Meinung von Persönlichkeiten der Linken in die Debatte bringen darf. Deshalb kann man die Schließung der Zeitschrift als ein Signal an die DC betrachten, die kürzlich gestellten Bedingungen anzunehmen.

Trotzdem hat die DC weitere Verlautbarungen wie die von Frei veröffentlicht und sucht in den Ländern Lateinamerikas, in denen eine politische Öffnung stattfindet, nach Unterstützung für ihre Ziele. So wurde Frei zu der Amtseinführung des neuen Präsidenten von Ecuador eingeladen. Bei dieser Gelegenheit gaben verschiedene demokratisch gewählte Präsidenten eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: "Der Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika beweist, daß nur wirklich repräsentative Institutionen ein adäquates Mittel sind, um die Freiheit und die Beachtung der Menschenrechte zu garantieren und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Völker beizutragen." (HOY, Nr 109, S. 13) Diese offene Unterstützung der Position Frei wurde von der chilenischen Regierung und den offiziellen Informationsmedien scharf angegriffen.

Verschärfung der Repression

Im Rahmen des beschriebenen Konflikts hat es die Linke nicht geschafft, über ihre derzeitige Unterstützungsfunktion christdemokratischer Forderungen hinauszukommen. Dies verhindert aber nicht, daß sie auch weiterhin das wichtigste Objekt der Repression ist, die sich besonders in den letzten Monaten seit der Verabschiedung des Anti-Terroristen-Gesetzes erheblich verschärft hat.

KAUFT KEIN OBST AUS CHILE



In Concepción starben zwei Menschen durch die Explosion einer Bombe, die sie angeblich selbst legen wollten. Inzwischen wurde aber bekannt, daß sie Stunden vor dieser Explosion verhaftet worden waren. Der Straßenzug, an dem sich die Explosion ereignete, war zu dieser nächtlichen Stunde von beiden Seiten abgesperrt, so daß kein "Unbeteiligter" zu Tode kam.

In Santiago gab es einen Zusammenstoß an einem Ort, an dem sich wenige Augenblicke zuvor der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, der vor einigen Monaten nach Chile zurückgekehrt ist, befunden hatte. Dabei kam eine Person ums Leben, zwei weitere, - eine Lehrerin und ein Journalist - wurden verhaftet. Danach fand eine Fahndung nach dem Führer des MIR statt, bei der u.a. der Lehrer Federico Renato Alvarez Santibanez verhaftet wurde.

Dieser Fall scheint bemerkenswert für die gegenwärtige Form der Repression: Santibanez wurde von der Polizei verhaftet, dann dem Geheimdienst CNI übergeben, 5 Tage später einem Militärrichter vorgeführt, der ihn auf Grund seines Gesundheitszustandes in ein Krankenhaus einliefern ließ, wo Santibanez wenige Stunden später starb.

Weiterhin also sterben Menschen in Chile an der Folter. Aber auch folgendes: man läßt die Leiche nicht mehr einfach verschwinden.

Die katholische Kirche protestierte - einmal gegen die Foltermethode, aber auch gegen das Verhalten des Militärrichters, der trotz des gestellten Habeas-Corpus-Antrags sich nicht an den Haftort des Lehrers begab, wie es seiner gesetzlichen Pflicht entsprochen hätte und was wahrscheinlich dem Gefangenen das Leben gerettet hätte. Die Kirche verlangte darüber hinaus die Einsetzung eines Untersuchungsrichters, der die Todesumstände klären sollte. Diese Forderung wurde vom chilenischen Innenminister übernommen, so daß das Oberste Gericht tatsächlich einen Untersuchungsrichter ernannte. Was immer das Ergebnis seiner Ermittlungen sein mag - die Repressionsform ist offensichtlich nicht mehr so hermetisch, daß im Fall einer Verhaftung, die bekannt wird, das Opfer lautlos verschwinden kann. Und tatsächlich berichtete die chilenische Presse breit über diesen Fall.

Anders ist es freilich dort, wo die chilenische Gestapo CNI den ersten Zugriff hat - wie in Concepción, oder bei dem oben erwähnten Zusammenstoß in Santiago - oder einem andern Fall nördlich Santiagos in La Serena, wo auf der Suche nach Pascal Allende das Grundstück eines Sozialisten durchsucht wurde: der Vater starb, der Sohn wurde verletzt. Die Todesursachen in diesen Fällen sind gleich: angeblich explodiert den Opfern jeweils eine Granate in der Hand, die sie zerreißt.

In Valparaiso wurden zwei Kinder aufgefunden - die Kinder eines uruguayischen Paares, das vor drei Jahren in Argentinien verschwunden war. Die Kinder lebten bei einem chilenischen Ehepaar. Diese Tatsache zeigt deutlich die Zusammenarbeit zwischen den Polizeiapparaten der Staaten des Cono Sur, die schon seit langer Zeit denunziert wird.

Inzwischen wurden die 8 Carabineros, die der Ermordung der 15 Personen beschuldigt waren, deren Leichen man in Lonquén gefunden hatte (vgl. LN 66), freigelassen. Dies geschah unter Berufung auf das Amnestiegesetz, das die Militärjunta im April 1978 erlassen hatte, um die Mitglieder der Repressionsapparate, die "Exzesse" begangen hatten, zu schützen.

In den nächsten Tagen muß der Oberste Gerichtshof eine Entscheidung über den Antrag der USA fällen, den Ex-Chef der DINA, General Contreras, und zwei weitere Offiziere, die der Ermordung Orlando Letelier's beschuldigt sind, auszuliefern. Trotz der "Unabhängigkeit" der Justiz ist es höchst wahrscheinlich, daß die Auslieferung verweigert wird. Aber trotzdem liegt dieser Fall so klar, daß es der Diktatur wohl nicht möglich sein wird, einen Prozeß im Land selbst zu umgehen.

Außenminister Cubillos in Europa

Am 1. September reiste der Außenminister der Militärjunta, Hernán Cubillos, nach Europa. Geplant sind Besuche in der BRD, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Diese Reise ist ein Teil der diplomatischen Offensive, die von der Regierung eingeleitet wurde, um ihr Ansehen in den politischen Kreisen verschiedener europäischer Staaten aufzubessern. Diese Offensive verläuft parallel zu einer immer besseren Beziehung Chiles zum internationalen Kapital, das großzügige Kredite vergibt und dessen Interesse an Investitionen in Chile steigt. (Ausdruck davon ist die Tatsache, daß in der Jahresmitte 1979 der Wert der tatsächlich in Chile seit dem Putsch 1973 angelegten Investitionen 500 Mio US-Dollar betrug.)

Das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu den genannten europäischen Ländern ist kein einseitiger Wunsch Chiles. Im Gegenteil, er korrespondiert mit dem Wunsch dieser Länder, ihre Handelskontakte mit Chile auszubauen, die bereits jetzt ziemlich gut entwickelt sind. Ein Beispiel dafür ist die BRD, deren Handelsvolumen zwischen Juli 1978 und Juni 1979 384,7 Mio US-Dollar betrug. Damit wuchs der deutsch-chilenische Handel um 47% gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Die BRD ist heute nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Chiles. Was die Investitionen in Chile betrifft, so gibt es in der BRD 27 Projekte mit einem Gesamtwert von 53,1 Mio Dollar.

Die Regierungsübernahme der Konservativen in Großbritannien hat die Hoffnung der chilenischen Militärjunta erneuert, die 1975 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen zu können. Daher ist der "private" Besuch von Cubillos ein Versuch, diese Möglichkeit ihrer Konkretisierung näherzubringen.



**SPENDET
FÜR DEN
WIDERSTAND
IN CHILE**

**Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile**

NICARAGUA

Nicaragua nach Somoza

Nachdem die Opposition gegen die Diktatur in Nicaragua militärisch gesiegt hat, stellen sich neue, insbes. ökonomische, Probleme. Während versucht wird, die Versorgung der notleidenden Bevölkerung zu sichern, wird gleichzeitig an einer neuen Verfassung gearbeitet. Wir versuchen vor allem auf die ökonomischen Probleme einzugehen, weil sie für die Zukunft Nicaraguas besonders wichtig sein werden.

Das Organisationsstatut der neuen Regierung

Die neue Regierung bezeichnet sich selbst als "Regierung des nationalen Wiederaufbaus" und sieht ihre Hauptfunktion darin, den Frieden wiederherzustellen, die Basis für den Aufbau eines demokratischen Regierungssystems zu errichten und den nationalen Wiederaufbau mit seinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten in Angriff zu nehmen.

Die Organisation und die Richtlinien der Regierung wurden in einem am 20. Juli verabschiedeten Statut festgelegt. Die neuen Staatsorgane sind die Regierungsjunta, die 17 Minister ernannt hat, der Staatsrat und die Gerichte.

Der Regierung gehören 1 Mitglied der FSLN (Ortega), 2, die das Programm der FSLN unterstützen, (Ramirez, Hassan) und 2 Vertreter des bürgerlichen Blocks (Chamorro, Robelo) an. Die Mehrzahl der neu ernannten Minister sind liberale Intellektuelle (Godoy: Arbeit, Kühl: Gesundheit, Tünermann: Erziehung) und anerkannte Oppositionelle. Andere sind Vertreter der oppositionellen Industriebourgeoisie (Chamorro: Finanzen, Rivas: Industrie und Handel) und drei von ihnen bekannte FSLN-Mitglieder (Borge: Innenminister, Cardenal: Kultur und Wheelock: Agrarreform).

Der Staatsrat setzt sich aus 33 Mitgliedern zusammen, deren parteipolitische Herkunft im Kapitel III des Grundgesetzes festgelegt wird:

- 6 Mitglieder der FSLN
- 6 Mitglieder der MPU
- 6 Mitglieder von anderen der FPN angehörenden Organisationen
- 7 Mitglieder der FAO
- 6 Mitglieder des COSEP (Unternehmerverband)
- 1 Mitglied der Universität
- 1 Mitglied des Klerus.

Aufgabe des Staatsrats ist die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und der Entwurf einer neuen Verfassung.

Zur Zusammensetzung der neuen Armee heißt es in einer Regierungsveröffentlichung: "Neue nationale Streitkräfte mit patriotischem Charakter werden die Guardia Nacional ersetzen und sich der Verteidigung des demokratischen Prozesses, der Souveränität und Unabhängigkeit der Nation und der Integrität

ihres Territoriums widmen. Die nationalen Streitkräfte werden gebildet aus den Kämpfern der Sandinistischen Befreiungsfront, aus den Soldaten und Offizieren der Guardia Nacional, die gegenüber der Korruption, Repression und dem Ausverkauf der Diktatur eine ehrenhafte und patriotische Haltung einnahmen, aus denen, die sich dem Kampf für den Sturz des Somoza-Regimes angeschlossen haben, aus denen, die für die Befreiung gekämpft haben und die sich anschließen wollen, aus den mündigen Bürgern, die ihren Wehrdienst ableisten.

Die Agrarreform

Die Agrarreform hat in Nicaragua begonnen. Jaime Wheelock, der neue Minister für Agrarreform, hat die Umriss der zukünftigen Entwicklung und Schritte auf dem Agrarsektor bekanntgegeben. Mit der Enteignung des Landes und der Ländereien Somozas, die formal schon vollzogen wurde, ist ein erster und zentraler Schritt in dieser Richtung getan. 60 % des bebaubaren Landes Nicaraguas, das ebenso fruchtbar wie hochmechanisiert ausgestattet ist, befindet sich seitdem in den Händen der Regierung. Eine Fläche, die der Größe El Salvadors entspricht, gehört damit zu dem Sektor des Staatseigentums und wird einen zentralen ökonom. Pfeiler der neuen Regierung bilden. Diese Ländereien werden ebenso wie das Land von abwesenden Besitzern und nicht bebautes Land den Bauern übereignet werden, ein Vorgang, der bislang wegen organisatorischer und Versorgungstechnischer Probleme erst in Ansätzen begonnen hat. Die Übereignung wird an eine Bedingung geknüpft: die Bauern müssen den Anbau kollektiv organisieren und betreiben, die Parzellierung des enteigneten Landes an individuelle Kleinbauern ist verboten. Das übrige Land bleibt im bestehenden Privatbesitz und wird nach den weitreichenden Plänen der neuen INRA (Nationales Agrarreforminstitut) mit den gleichen technischen und finanziellen Unterstützungen rechnen können, wie der 'kollektivierte' Sektor.

Neben der primär anstehenden Umverteilung und Neuverwaltung der enteigneten Ländereien, die schätzungsweise 300 000 bisherigen Wanderarbeitern einen ständigen Arbeitsplatz geben sollen, ist die Entwicklung komplementärer Industrien vorgesehen und die Entwicklung der Atlantik-Zone, einer Gegend, die der Möglichkeit nach immense Reichtümer in sich birgt und bislang nicht in die Wirtschaft Nicaraguas integriert war.

Die Schwierigkeiten der INRA bestehen damit weniger im Fehlen durchdachter und ehrgeiziger Pläne, was angesichts der Tatsache, daß sie vorwiegend von einer hierfür sehr qualifizierten Gruppe intellektueller der Tendencia Proletaria entwickelt wurden, nicht weiter erstaunt. Mit sehr bescheidenen vorhandenen Mitteln und dem Mangel an Technik müssen eine Unmenge von Vorarbeiten getätigt werden. Z.B. wird eine Bestandsaufnahme dessen, was in den enteigneten Somoza-Ländereien an Maschinerie, Mechanik und Infrastruktur tatsächlich vorhanden ist, wie die Bodenbeschaffenheit ist, wieviel Landarbeiter in der jeweiligen Region arbeiten und was an Ausrüstung notwendig ist, noch Monate in Anspruch nehmen.

Daneben sind die INRA-Mitarbeiter ebenfalls dabei, neben der Landarbeitergewerkschaft die Bauern und Landarbeiter zu organisieren, die die Landreform enthusiastisch begrüßen und engagiert mitarbeiten. Angesichts der enormen Schäden, die durch den Krieg und seine Folgen entstanden sind, ist allerdings davon auszugehen, daß es erhebliche Produktionsrückstände und -ausfälle bei der nächsten Ernte geben wird, sodaß sich die Frage der Versorgung der Bevölkerung auch dann noch sehr eindringlich stellen wird.

Die „falsche“ Politik der USA

"Der Sturz der Somoza-Dynastie ist das wichtigste politische Ereignis in LA seit der kubanischen Revolution." (LAPR 27.7.79) Mit dem Sturz der Diktatur haben die antiimperialistischen Parteien und Bewegungen LA 's eine Ermutigung erhalten, deren Bedeutung als internationalistische Erfahrung noch nicht abzusehen ist. Der Einfluß dieser Erfahrung wird auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, die demokratischen und teilweise sozialistischen Hoffnungen, die sich mit diesem Prozeß verbinden, gegen den Druck der ökonomischen Zwänge und der sich stellenden Probleme zu realisieren.

Die augenblickliche Phase von Sondierungen und dem Aufbau neuer Kontakte ist noch bestimmt durch skeptische Zurückhaltung seitens der Regierungen der meisten lateinamerikanischen Staaten. – Auch wenn die Sieger in Nicaragua mit Glückwünschen überschüttet wurden, müssen diese Reaktionen in vielen Fällen als innenpolitische Imagepflege gesehen werden, die noch wenig Rückschlüsse auf die weitere politisch-ökonomische Unterstützung dieser Regierung zuläßt. Wichtig ist jedoch, daß die antiimperialistische Revolution in Nicaragua ein Echo in der Bevölkerung und in der Arbeiterbewegung findet: Bolivianische Bergarbeiter feierten den Sieg mit einem 24 stündigen Streik, und ihre Freudenaktion ist kein Einzelfall.

Bleiben wir aber zunächst auf der Ebene der Regierungen. Hier sind einige vorläufige Ergebnisse festzuhalten:

Die Nicaragua-Politik der Regierung Carter war ein Mißerfolg. Die Maßnahmen der US-Regierung zur Stützung der Diktatur waren nicht nur ein Schlag gegen die eigene Menschenrechtpropaganda, sie waren auch in der Logik der eigenen Interessen ein Schlag ins Wasser. Möglicherweise hat die Stärke der Somoza-Lobby in den USA verhindert, daß die Regierung sich schon 1978 von Somoza distanzierte, was in Verbindung mit der bürgerlichen Opposition in Nicaragua den langfristigen ökonomisch-politischen Interessen der USA eindeutig entsprochen hätte. Auch die späteren Initiativen der US-Regierung, ihr Vorschlag einer militärischen Intervention durch die OAS und der Erpressungsversuch zur Erweiterung der provisorischen Regierung waren in ihrer Hilflosigkeit ungeeignet, die reaktionären Interessen des mächtigsten Staates der westl. Hemisphäre wirkungsvoll zu vertreten. Einmal mehr haben Geheimdienste u. wissenschaftliche u. militärische Beratungsstäbe in mehreren Schritten ihre Unfähigkeit bewiesen, indem sie die Politik der Dynamik des nikaraguanischen Prozesses unterschätzt haben.

Dies alles besagt jedoch nicht, daß die ökonomischen Interessen der USA durch den Sturz der Diktatur grundlegend bedroht wären. Die mobilisierende und politisierende Form, in der sich die FSLN und die gesamte nikaraguanische Opposition gegen die US-Interessen vertretenden Diktator durchgesetzt hat, ist zwar für die integrative LA-Politik der USA ein Rückschlag, wird aber ihren ökonom. Einfluß nicht unmittelbar gefährden. Für die Länder des Andenpakts war die Verhinderung des Interventionsantrags der USA vor der OAS ein gemeinsamer Erfolg. Eine gemeinsame Haltung gegen eine US-Initiative innerhalb dieser traditionell von den USA beherrschten Organisation war nicht nur eine Reaktion auf die Entwicklung in Nicaragua, sondern ein Signal wachsenden Selbstbewußtseins lateinamerikanischer Regierungen.

Wirtschaftliche Situation und Perspektiven

Wir wollen in diesem Abschnitt den Versuch unternehmen, nach einer Darstellung und Interpretation der ökonomischen Struktur des Landes die Perspektiven und Konsequenzen einer möglichen zukünftigen Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Dabei kommt es weniger darauf an, das Szenarium möglichst vollständig zu beschreiben, als vielmehr auf die politischen Implikationen verschiedener Politiken einzugehen.

Nikaragua ist traditionell ein Agrarland. Die drei wesentlichen Sektoren in der landwirtschaftlichen Produktion sind Kaffee, Baumwolle und Viehwirtschaft. Jeder einzelne dieser Sektoren bietet Vorteile bei entsprechender Großflächenbewirtschaftung – sprich Großgrundbesitz – und ist in Nicaragua selbstverständlich zu fast 100 % Eigentum der Somozas gewesen. Lohnend ist die Produktion in diesen Bereichen natürlich besonders dann, wenn sie nicht für den ohnehin in seiner Aufnahmekapazität beschränkten Inlandsmarkt bestimmt sind, sondern für den Export. Aus der Geschichte Lateinamerikas ist bekannt, daß dieses auf dem Recht an Privatbesitz an Grund und Boden beruhende kapitalistische Prinzip, dazu führte, daß die Länder durch ihre monokulturelle ökonomische Ausstattung in die politisch-ökonomische Abhängigkeit der großen imperialistischen Mächte geführt wurden. Im Falle Nicaraguas werden weit über 80 % der aus dem Exportgeschäft erwirtschafteten Devisen mit Kaffee, Baumwolle und Fleisch eingebracht.

Ausfuhren 1978 (fob, in Mio. US Dol.)

Kaffee	199,6
Baumwolle	139,8
Fleisch	67,5
Zucker	19,6
Metalle	10,2
Garnelen u. Langusten	14,7
Bananen	4,8
insges.	646,0

Zum BIP tragen die Landwirtschaft mit rund 28 % und die Industrie mit rund 24 % bei. Den größten Beitrag leistet der Dienstleistungssektor mit ca. 40 %. Auf die Zahl der Beschäftigten bezogen verändern sich die Zahlen in ca. 60 % für den Agrarsektor, ca. 15 % für den Industriesektor und der Rest für den Handels- und Dienstleistungsbereich bzw. den öffentlichen Dienst.

Es ist völlig klar, daß – unabhängig vom zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Junta – diese Struktur zumindest kurzfristig nicht wesentlich zu verändern ist. Denn egal ob die Politik mehr auf eine Rekonstruktion der zerstörten industriellen Anlagen im Rahmen einer vorsichtigen Industrialisierungsstrategie ausgerichtet ist, oder tatsächlich den Agrarsektor für die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung und der Bereitstellung landwirtschaftlicher Inputs für den Industriesektor favorisiert: Es müssen in jedem Fall die notwendigen Devisen zur Finanzierung erbracht werden. So ist es auch zu verstehen, daß die Junta in ihrem ersten Agrarprogramm zwar verkündet hat, daß die Somoza-Ländereien in den Staatsbesitz überführt werden, auf ihnen aber weiterhin Baumwolle, Kaffee, usw.

Für den Export produziert werden soll. Denn die Junta stand auch vor dem Problem, daß 60% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, und hier wiederum in den drei Hauptsektoren. Durch die Weiterexistenz der cash crop Produktion wird somit zumindest kurzfristig (im Moment ist gerade die zweite Kaffeenernte) das Beschäftigungsproblem nicht noch weiter verschärft. Auf der anderen Seite ist auch eindeutig, daß die monokulturelle Produktion für den Export einerseits und die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch eine diversifizierte Lebensmittelproduktion andererseits, zwei Ziele sind, die sich gegenseitig ausschließen.

Die zweite Restriktion, die den Rahmen der zukünftigen Wirtschaftspolitik bestimmen wird, sind die von Somoza hinterlassenen Schulden bei internationalen Kreditgebern. Es ist bekannt, daß die Junta nur Israel und Argentinien nicht ihren Schuldverpflichtungen nachkommen wird, da die Kredite dieser beiden Länder für Waffenlieferungen an Somoza gewährt wurden.



Sehr frühzeitig gab Roldeo bekannt, daß Nicaragua "selbstverständlich allen seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen wird." Das heißt konkret: die Junta hat sich von vornherein mit einer Auslandsschuld von über 1 Mrd. US \$ belastet, ungefähr genauso hoch ist das gesamte BIP im Vorjahr gewesen. Die Währungsreserven betragen demgegenüber nur ca. 30 Mill. US \$ – d. h., das Land steht vor dem absoluten Staatsbankrott. Der stand by – Kredit des IWF vom Mai über 40 Mill. US \$ verändert die Situation kaum. Viel negativer ist es zu bewerten, daß die Junta offensichtlich bemüht ist, den internationalen Kreditmarkt zur Deckung ihres Finanzbedarfs einzubeziehen. Vor kurzem berichtete die Presse, daß der IWF Nicaragua einen Kredit über 17 Mill. Sonderziehungsrechte zur Verfügung gestellt habe. Wenn es sich

dabei auch um einen relativen kleinen Kredit handelt und er aus einer recht günstigen Tranche gezogen werden kann, so ist damit doch ein Weg beschritten, der Nicaragua auf den verhängnisvollen Weg Portugals oder Perus zwingen muß. Wenn hier von der Junta nicht kurzfristig eine radikale Kursänderung in ihrer Kreditbeschaffungspolitik vollzogen wird, so können alle Hoffnungen auf einen demokratisch - sozialistischen Entwicklungsweg in Nicaragua beerdigt werden. Die Sozialistische Internationale reißt wie gewohnt das Maul weit auf, wenn es um die Beteuerung der Hilfe geht. Konkret scheint die SI ihren internationalen Einfluß aber noch nicht geltend gemacht zu haben, um der Junta z.B. bessere Kreditkonditionen von Regierungen zu verschaffen, die von SI-Parteien geführt werden: z.B. die Bundesregierung, die großzügig ein 20 Mill. DM Soforthilfeprogramm verabschiedet hat, bisher aus diesem Topf aber nur knapp 3 Mill. DM ausgegeben hat. Als Organisation, die Teile der Opposition und die Tercerista-Tendenz innerhalb der FS N unterstützt hat, hat die Sozialistische (lies Sozialdemokratische) Internationale eine Delegation unter der Leitung von Mario Soares nach Nicaragua gesandt. Soares „der es in Portugal nach dem Sturz Caetanos übernommen hatte, mit Hilfe seiner“ Sozialistischen Partei die Diktate des Internationalen Währungsfonds gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen, kam bezüglich Nicaragua zu klaren Ergebnissen: Die FSLN repräsentiert die Gesamtheit des nikaraguensischen Volkes, Nicaragua ist auf dem Weg in eine pluralistische und nicht in eine totalitäre Gesellschaft. Die SI wird den Wiederaufbau Nicaraguas nach Kräften unterstützen. Noch unverschämter verhielt sich die venezolanische Regierung, die einen 20 Mio. Dollar-Kredit zu 10,5 % Zinsen angeboten hat, der in 6 Monaten zurückzahlen sei. Das sind Konditionen, die man selbst in Lateinamerika nur noch von der geldwuchernden Unterwelt kennt.

Bei aller Not und Verzweiflung in Nicaragua wagen wir hier trotzdem die Einschätzung, daß die bisherige Finanzpolitik der Junta verheerende politische Folgen haben wird, wenn sie nicht radikal verändert wird.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Junta Geld nimmt und wenn es vom Teufel stammt - Voraussetzung muß aber immer sein, daß es ohne Bedingungen vergeben wird. Genau diese Bedingung wird der IWF niemals einhalten. Unter der Ausnutzung des noch anhaltenden revolutionären Schwungs der Bevölkerung und eines größeren Drucks auf die internationale Öffentlichkeit, damit die kapitalistischen Mächte mehr Geld für die Soforthilfe zur Verfügung stellen, wäre die schwere Notlage der Bevölkerung sicherlich nur um wenig verbessert worden. Man hätte aber die Möglichkeit gehabt, mit einer mittelfristigen Perspektive die ökonomische Krise zu überwinden - und dies vor allem mit einer völlig offenen Option über die zukünftigen politischen Strukturen des Landes. Im Moment sieht es allerdings so aus, als würde der IWF eine neue Dependence in Zentralamerika eröffnen.

Öl im Getriebe der Diplomatie

Waren sich die Staaten des Andenpakts in der Ablehnung der bewaffneten Intervention noch einig, so ist doch ihr Verhältnis zur FSLN und zur Regierung des Nationalen Wiederaufbaus schon unterschiedlich. Besonders von Seiten der konservativen Regierung Venezuelas wird deutlich, daß ihre Vorstellungen von den anzustrebenden politischen Verhältnissen in Zentralamerika und der Karibik nicht wesentlich andere sind als die der USA. "Entweder führen wir heute die Demokratie ein oder es wird morgen eine Revolution geben", sagte in einem Interview Herrera Campins, der Präsident Venezuelas bezogen auf die Militärdiktaturen Mittelamerikas.

Herrera Campins geht wahrscheinlich zu Recht davon aus, daß die Wirkung der nikaraguensischen Revolution besonders in den Nachbarstaaten zu spüren sein wird. Herrera Campins distanziert sich von seinem sozialdemokratischen Amtsvorgänger Perez und seiner angeblichen Identifikation mit den Zielen der FSLN und verfolgt eine zweispurige Politik der Eindämmung der Linken in Nicaragua und der kontrollierten Parlamentarisierung der Militärdiktaturen Mittelamerikas. Ersteres wurde deutlich durch seine hartnäckige Forderung nach Aufnahme eines Christdemokraten in die neue Regierung Nicaraguas und durch die Weigerung, den Wiederaufbau Nicaraguas angemessen zu unterstützen. Gleichzeitig erfüllen der Außenminister und der Ölminister des Landes eine diplomatische Mission bei den autoritären Gewaltregimes der Region in Guatemala, El Salvador und Honduras. Die oben von Herrera Campins zitierten Demokratisierungsparolen werden gleichzeitig verkündet mit der Absicht, von den reichen venezolanischen Ölvorkommen in Zukunft weniger an Ölmultis und mehr direkt an Länder der dritten Welt zu verkaufen. Die in Aussicht gestellten Öllieferungen sollen in den Militärdiktaturen die Einsicht erleichtern, daß es an der Zeit sei, die Möglichkeiten zu einer kontrollierten Einführung einer parlamentarischer Spielregeln zu prüfen.

ernesto cardenal gewidmet dem dichterpriester

manchmal ist der kürzeste weg
zwischen zwei punkten
der aufrechte gang
um acht ecken

zu juan gelman: "geräusche" in gedenken an a. dregger

lärm ist ein geräusch
gemacht
nicht zu hören
daß da einer stöhnt
hier einer seufzt
dort wer weint
hinten lacht sich sogar einer
kaputt

NICARAGUA

Für Kampf und Freiheit
in diesem Jahr nicht geben.
wenn wir sind und unsere
worte sind
Helfen wir jetzt diesen mutigen Volk.

Nicaragua ist zerstört, eine Raute
wirles in diesem Jahr nicht geben.
Das Volk hungert, es fehlen
Medikamente, Kleidung, sanitäre
Einrichtungen, Lebensmittel.
Die internationalen Hilfeleistungen
reichen nicht aus.
Dafür bitten wir um Ihre Spende.
Genau skuto No.
Für den Wiederaufbau des Landes.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Städt. Postfiliale Wuppertal
Konto 546758 (BLZ 33040000)
Spezialanweisung nicht möglich.

ARGENTINIEN

Verschundene: Tod durch Gesetz

Die argentinische Militärjunta bereitete sich auf ihre Weise auf den Besuch der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten vor: die Polizei überfiel Büros der argentinischen Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte und beschlagnahmte die Listen der Verschwundenen. Die Junta erließ ein Gesetz, das das Problem der Verschwundenen mit einem Schlag "regeln" soll: sie werden für tot erklärt. Die Menschenrechtsorganisationen befürchten, daß dieses Gesetz die Ermordung der in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des Landes gefangen gehaltenen Menschen decken soll.

Überfälle auf Menschenrechtsbüro

Nach den letzten Angaben von Amnesty International beträgt die Zahl der seit dem Militärputsch 1976 in Argentinien Verschwundenen Personen 12 000 (LE MONDE nennt sogar die Zahl von 20 000) und sie erhöht sich ständig weiter. Allein im August wurden 14 neue Fälle von Verschleppungen bekannt.

Während also weiterhin Menschen verschwinden, geht die Polizei jetzt auch verstärkt gegen die argentinischen Menschenrechtsorganisationen vor. Im September wurden innerhalb einer Woche die Büros der Liga für Menschenrechte, der Ständigen Versammlung für die Menschenrechte und der Ökumenischen Bewegung für Menschenrechte durchsucht. Dies geschah unter dem Vorwand, die Liga habe eine Mutter zu Falschaussagen über das Verschwinden ihrer Tochter veranlaßt. Eine Mitarbeiterin der Liga wurde verhaftet. Bei diesem Überfällen beschlagnahmte die Polizei Listen mit den Namen von 5 810 Verschwundenen, die die Ständige Versammlung für Menschenrechte zusammengestellt hatte. Offensichtlich sollten damit Dokumente beseitigt werden, die bei dem Besuch der OAS-Kommission die Anklagen der Organisationen bezüglich der Menschenrechtsverletzungen der Junta untermauern.

Das Verschwundenen-Gesetz

Die Militärdiktatur hat sich eine Möglichkeit einfallen lassen, wie das Problem der Verschwundenen mit einem Schlag zu beseitigen ist. Die "für immer Abwesenden" (General Violas Definition von Verschwundenen) sollen nach einem am 22. August veröffentlichten Gesetzesdekret für tot erklärt werden!

Artikel 1 des Gesetzes sieht vor, daß ein Richter, bei dem Angehörige Nachforschungen nach Verschwundenen anstellen, die seit über einem Jahr von zu Hause abwesend sind und von denen es kein Lebenszeichen gibt, einen Aufruf in die Zeitung setzen läßt, der an fünf aufeinanderfolgenden Tagen erscheint. Darin wird

die verschwundene Person aufgefordert sich zu melden. Geschieht dies nicht innerhalb von 90 Tagen, dann gilt die betreffende Person amtlicherseits als tot. (Der Zynismus der Junta, Aufrufe an die von ihren Repressionsapparaten in KZs verschleppte Menschen in Zeitungen setzen zu lassen, damit diese ein Lebenszeichen von sich geben, ist kaum noch zu überbieten!) Nach dieser Toterklärung haben die Angehörigen das Recht auf den Empfang der gesetzlich vorgesehenen Renten o.ä..

Die argentinischen Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte haben in einer gemeinsamen Erklärung das Gesetz als eine Verletzung der gesetzlichen Normen zur Toterklärung einer Person verurteilt. In dem Dokument, das von der Liga für Menschenrechte, der Ständigen Versammlung für die Menschenrechte, der Organisation der Mütter und Angehörigen der Verschwundenen und der Ökumenischen Bewegung für die Menschenrechte unterzeichnet wurde, heißt es, daß die "Gerechtigkeit nur durch die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen hergestellt werden kann und nicht durch einen richterlichen Beschluß über den Tod der Verschwundenen." (EL PAIS, 1.9.79)

Die Bekanntgabe dieses Gesetzes verursachte unter den Angehörigen der Verschwundenen Entsetzen. Sie befürchten, daß unter dem Deckmantel der richterlichen Toterklärung ein Massaker an den Gefangenen angerichtet werden soll. Die spanische Solidaritätsorganisation COSOFAM (Solidaritätskomitee mit den Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen) befürchtet die Ermordung der 15 000 Menschen, die derzeit in den KZs Argentiniens interniert sind.

Der Bürgermeister von Barcelona, Narcís Serra, wandte sich mit folgendem Telegramm an das Staatssekretariat des Vatikan, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte der OAS, an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag und an die Menschenrechtskommission der UNO: "Angesichts des Gesetzesprojekts der argentinischen Regierung, das den Massenmord an tausenden von Bürgern institutionalisieren soll, fordern wir Sie in unserem Namen und im Namen des Gemeinderats dazu auf, auf die argentinische Junta und internationale Organisationen Druck auszuüben, damit alle Verschwundenen lebend zurückkehren". (EL PAIS, 2.9.79)

Der Erzbischof von São Paulo, Evaristo Arns, bezeichnete das Gesetz als "juristischen Totschlag". Die beiden bekannten Schriftsteller Julio Cortázar aus Argentinien und Carlos Fuentes aus Mexiko verglichen die Gesetzesdekrete mit der nationalsozialistischen "Endlösung der Judenfrage".

**SPENDET FÜR DEN
ARGENTINIEN
Solidaritäts-Fonds**

★ ★ ★ ★

**SPENDET FÜR DEN
WIDERSTAND
IN ARGENTINIEN**

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

Kennwort: Argentinien - Hilfe

Besuch der OAS-Menschenrechtskommission

Vom 6. bis 20. September hält sich die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten in Argentinien auf, um dort das Schicksal der Verschwundenen "an Ort und Stelle" zu überprüfen. Die Kommission hätte ursprünglich schon im Mai nach Argentinien reisen sollen, um ihren Untersuchungsbericht auf der jährlichen Herbstsitzung der OAS vorzulegen. Aber die Junta verbot ihr zunächst die Einreise. Erst nach langwierigen Verhandlungen wurde der Kommission gestattet, im Land selbst Nachforschungen anzustellen. Dies geschah allerdings erst zu einem Zeitpunkt, als es bereits klar war, daß es der Kommission nicht möglich sein würde, ihren Bericht noch zu der bevorstehenden OAS-Tagung vorzulegen.

Vor dem Büro der Kommission in Buenos Aires versammelten sich am Tag ihrer Ankunft über 1 000 Angehörige von Verschwundenen, um das Schicksal ihrer Angehörigen vorzutragen. Viele von ihnen hatten bereits die Nacht auf der Straße vor dem Gebäude verbracht, um auf jeden Fall die Gelegenheit zu erhalten, den Fall ihrer Verwandten vorzustellen.

Die Junta hat der Kommission offiziell zugesichert, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Aber diese Unterstützung hat ihre Grenzen: Die Kommission darf bei ihrer Untersuchung keine militärische Sperrgebiete betreten - aus Gründen der "nationalen Sicherheit". Dabei befinden sich die meisten KZs und Gefängnisse gerade auf militärischem Gebiet! Und was wird die OAS-Kommission in den Gefängnissen finden, die man ihr zu besuchen erlaubt? Hoffentlich nicht das, was LE MONDE befürchtet: daß die Kommission bereits zu spät kommt und die Gefängnisse schon "gereinigt" sind, daß die Ermordung der Verschwundenen bereits begonnen hat.

Quellen: Le Monde, El País, Neue Zürcher Zeitung, Cambio 16, TAZ, Frankfurter Rundschau, Reuter

Verhaftete Gewerkschafter frei

Als im April dieses Jahres die gewerkschaftliche Gruppierung der "25" für den 27. April zu einem Tag des nationalen Protests gegen die Politik der Militärjunta aufrief, wurden wenige Tage vor Beginn des Streiks die führenden Köpfe dieser Gruppe verhaftet. Bei dem gegen sie angestregten Prozeß drohten ihnen lange Haftstrafen. (vgl. LN 71, S. 51ff). Jetzt erreichte uns die Nachricht, daß die Gewerkschafter Roberto Dighán (Tabakarbeiter), Roberto Gracia (Taxifahrer), Raúl Ravitti (Eisenbahner), José Luis Castillo (Lotsen), Enrique Micó (Textilarbeiter) und Demetrio Lorenzo (Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie) aus dem Gefängnis entlassen wurden. Auch die Anklage wegen Vergehen gegen das Sicherheitsgesetz wurden fallen gelassen.

Quelle: Noticias Nr 10, Juli 1979

BRASILILIEN

Ein neuer Populismus

Nach einer neuen Welle heftiger und erfolgreicher Streiks im August sah sich die Regierung des Generals João Baptista Figueiredo gezwungen, die Wirtschafts- und Lohnpolitik umzustellen. Federführend ist dabei der neue Planungsminister Delfim Neto, berühmt als "Vater des brasilianischen Wirtschaftswunders" und berüchtigt als Feind der Arbeiter, die er nicht nur durch seine allgemeine Politik zugunsten des Auslandskapitals, sondern auch durch direkte Manipulationen am Inflationsindex 1973 um einen Teil ihres Lohns betrogen hat. Das halbherzige Amnestiegesetz hat immerhin vieler exilierten Politikern erlaubt, nach Brasilien und in die Politik zurückzukehren. Damit beginnt eine - auch von der Regierung eingeleitete - Zerreißprobe um die Erbschaft der demokratischen Opposition gegen die Militärdiktatur.

Neue Streiks im August

Am Sonntag, den 29. Juli 1979, versammelten sich im großen Fußballstadion von Belo Horizonte, der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, etwa 15 000 Bauarbeiter und beschlossen gegen den Rat ihres bisherigen Bosses Francisco Pizarro einen sofortigen Streik, um eine Lohnerhöhung von 110 Prozent durchzusetzen. Als sich am nächsten Tag noch mehr Bauarbeiter wieder im Stadion versammeln wollten, fanden sie die Tore verschlossen. Das Eingreifen von Feuerwehr und Polizei führte zu heftigen Straßenunruhen in der ganzen Stadt, bei denen ein Arbeiter ums Leben kam und etwa 50 verwundet wurden.

Staats- und Bundesregierung setzten jedoch die Politik der direkten Unterdrückung nicht weiter fort: Am Dienstag war das Stadion wieder geöffnet, und nun beschlossen 40 000 Bauarbeiter, das Angebot der Unternehmer, 78 Prozent mehr Lohn zu zahlen, zurückzuweisen und den Streik fortzusetzen. Ein friedlicher Marsch durch die Stadt schloß sich an. Inzwischen waren auch bekannte nationale Gewerkschaftsführer nach Belo Horizonte gekommen, unter ihnen Luís Inácio da Silva, genannt Lula, Metallarbeiterführer aus São Paulo. Sie übernahmen zwar nicht die Führung des Streiks, konnten aber auf grund ihrer Erfahrungen aus den letzten beiden Jahren gute Ratschläge für eine wirkungsvolle Organisation des Ausstands beisteuern. Vor allem konzentrierten sie die offizielle Darstellung, daß der Streik das Werk linker Unterwanderer sei. "Der einzige Unterwanderer war der Hunger", rief Lula den Versammelten zu. Tatsächlich gehören die Bauarbeiter, die da streikten, zu den Schlechtestbezahlten in einer Stadt, in der ohnehin die Löhne niedriger sind und die Inflation schneller galoppiert als anderswo in Brasilien.

Der Streik endete schließlich mit einem vollen Erfolg. Unter dem Eindruck des Schreckens, den die marschierenden Arbeitermassen in

die an den Frieden der normalen Ausbeutung gewöhnten Stadt gebracht hatten, beschloß das zuständige Arbeitsgericht, den wilden Streik nachträglich zu legalisieren und die Löhne zu verdoppeln. Am Freitag, den 3. August, versammelten sich die Bauarbeiter zum letzten Mal, um ihren bisherigen Boss Francisco Pizarro zu verjagen - er suchte Zuflucht in einer Toilette - und das Ende des erfolgreichen Streiks zu beschließen.

Die Rebellion der Bauarbeiter wurde in Belo Horizonte von einem Dutzend weiterer Streiks begleitet. Aber auch in anderen Bundesstaaten kam es zu großen Arbeitsniederlegungen. Als die hohe Inflationsrate des Monats Juli bekannt wurde - 4,4 Prozent in einem Monat -, traten allein in Rio de Janeiro 100 000 Lehrer und in Bahia weitere 40 000 Lehrer in den Streik.

Ein neuer Planungsminister

Die Vorsicht und Zurückhaltung, mit der die Regierung auf die offene Herausforderung durch die neuen Streiks reagierte, ist vor allem zu erklären durch das Interesse von Präsident Figueiredo, volkstümlich, populär und beliebt zu erscheinen. Er selbst hat erklärt, daß er es gern hätte, wenn man ihn einfach als "Präsident João" bezeichnen würde. (Das würde dort so klingen wie hierzulande "Kanzler Helmut".) Ein Stein im Wege dieses Populismus, der möglichst viel Gutes von oben kommen lassen möchte, war in letzter Zeit besonders der bisherige Planungsminister Mário Henrique Simonsen, der - ganz im Stil der autoritären Politik von Figueiredos Vorgänger Geisel - die steigenden Inflationsraten und wachsenden Auslandsschulden des Landes durch harte Maßnahmen der Lohn- und Geldmengenkontrolle und durch eine absichtlich herbeigeführte Rezession bekämpfen wollte. Diese Politik fand, sieht man vom Finanzsektor ab, in dem Simonsen selbst zu Hause ist, zuletzt nicht einmal mehr den Beifall der an Wachstum gewöhnten und interessierten Unternehmer. Gegenüber der an Kampfkraft und Stärke gewachsenen Arbeiterklasse hätte sie notwendig von einer Politik scharfer Unterdrückung begleitet werden müssen.

"Nur Gott kann Brasiliens Wirtschaft retten", erklärte Simonsen, als das fünfte Rücktrittsgesuch des bisherigen Superministers schließlich Mitte August angenommen wurde. Seine Aufgabe wurde nun einem Mann übertragen, der, was Selbst- und Sendungsbewußtsein anbetrifft, tatsächlich gottähnliche Züge aufweist. Delfim Neto hatte unter Präsident Garrastazu Médici (1969-1974) in der Zeit des größten Wirtschaftswachstums als Finanzminister die staatliche Wirtschaftspolitik kontrolliert und gilt seither als die Verkörperung des "brasilianischen Modells", einer Politik, die wirtschaftliches Wachstum durch niedrige Löhne, Heranziehung ausländischen Kapitals und Steigerung der Exporte zu erreichen sucht. Unter Präsident Geisel wurde er als Botschafter nach Paris abgeschoben. Nach einer mißlungenen Kandidatur für den Posten des Gouverneurs des Staates São Paulo erhielt er Anfang dieses Jahres von Präsident Figueiredo als Landwirtschaftsminister wieder einen Posten im Kabinett. Er arbeitet eng zusammen mit einer ihm sehr ergebenen Gruppe von Experten und Technokraten, die inzwischen alle wirtschaftspolitisch strategischen Posten in der Regierung erobert hat.

Delfim, der sich inzwischen selbst als "Sozialdemokraten" bezeichnet, seinen Ehrgeiz auf das Amt des Staatspräsidenten richtet und deshalb ebenfalls als erfolgreicher Populist erscheinen will, hat offenbar jetzt vor, eine Politik des Wachstums um fast jeden Preis



Delfim Neto

zu steuern, Inflation und wachsende Auslandsschuld nicht mehr so drastisch zu bekämpfen und die aufrührerischen Arbeiter durch Entgegenkommen zu besänftigen. 1973 hatte er als Finanzminister die Inflationsrate so manipulieren lassen, daß sie daraus für alle Beschäftigten in abhängiger Stellung ein starker Einkommensverlust ergeben hatte. Die Aufdeckung dieses "Raubs" hat Anfang 1978 die Streikbewegung in ganz Brasilien wesentlich beflügelt. Seither gilt Delfim als ausgemachter Feind der Arbeiter.

Sein erster Schritt als neuer Planungsminister galt deshalb dem Ziel, dieses Image zu beseitigen und gleichzeitig Ruhe an der Lohnfront zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde eine neue Regelung eingeführt, wonach die Löhne von jetzt ab nicht mehr nur jährlich, sondern halbjährlich an die Teuerungsraten angepaßt werden sollen. Zusätzlich soll die automatische Lohnangleichung sozial gestaffelt werden: Bei einer Inflationsrate von 20 Prozent würden die niedrigsten Löhne um 22 Prozent erhöht, hohe Gehälter dagegen nur um 15 bis 18 Prozent. Diese Regelung bedeutet zwar nur eine Umverteilung zwischen den abhängig Beschäftigten und keine Neuverteilung zwischen Kapital und Arbeit, ihr Automatismus und beschleunigter Rhythmus könnte aber dazu führen, daß die Löhne etwas stabiler werden und die Verzweiflung über die schnell sinkende Kaufkraft der Löhne nicht dauernd neue spontane Streiks hervorbringt. Trotzdem werden sich die organisierten Arbeiter in ihrem Mißtrauen gegen den "Lohnräuber" kaum heirren lassen.

Die Amnestie und die Folgen

Eine weitere Maßnahme, mit der sich Figueiredo als volksnaher Präsident zeigen wollte, sollte das Amnestiegesetz sein. Trotzdem ist nicht der erwartete Schlußstrich unter die Vergangenheit daraus geworden, den man von oben versprochen hatte. In letzter Minute erzwangen rechte Militärs solche Veränderungen im Gesetzentwurf, daß von einer Generalamnestie keine Rede sein kann: Die meisten Fälle der 56 politischen Gefangenen blieben einer individuellen Prüfung unterworfen, Leute, die bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur geleistet haben, wurden nicht amnestiert, aus politischen Gründen entlassene Militärs dürfen nicht zurückkehren,

und entlassene Diplomaten und Universitätslehrer wurden nicht wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

Die Opposition blieb lange unter sich uneins, ob sie dieser halbherzigen Amnestie zustimmen, Änderungsvorschläge einbringen oder einen Antrag auf volle und ungeteilte Amnestie entgegensetzen sollte. Unter dem Eindruck eines mehrwöchigen Hungerstreiks der politischen Gefangenen und des Erfolges der Amnestiekampagne im Ausland wurde schließlich ein Gegenantrag auf Generalamnestie eingebracht, der von der Mehrheit der Regierungspartei ARENA im Parlament nur äußerst knapp niedergestimmt wurde.

Aber selbst das schließlich verabschiedete, verstümmelte Amnestiegesetz begünstigte noch eine Vielzahl von Personen, die jahrelang auf die Chance zur Rückkehr in ihre Heimat gewartet hatten, unter ihnen den Schwager des von den Militärs gestürzten Präsidenten Goulart und ehemaligen Gouverneur von Rio Grande do Sul, Leonel Brizola, den Ex-Gouverneur von Pernambuco Miguel Arraes und den greisen Führer der moskautreuen brasilianischen KP Luís Carlos Prestes.

Besonders mit der Rückkehr von Brizola, der seinen Empfang im Süden des Landes und seine erste Reise nach São Paulo und Rio generalstabsmäßig vorbereitet hat, wird ein Nebeneffekt der Amnestie erreicht, der von der Regierung durchaus eingeplant ist: die beschleunigte Auflösung der Einheit der Opposition, die bisher in der brasilianischen Demokratischen Bewegung (MDB) vereinigt war.

Leonel Brizola hätte wahrscheinlich weder in Brasilien, noch in Europa und den USA sehr viel Aufsehen erregt, wenn ihn nicht im September 1977 die uruguayischen Militärs ohne Erklärung aus Uruguay verjagt hätten, wo er bis dahin das friedliche Leben eines Gutsbesitzers auf eigenem Grund und Boden führte. In New York angekommen, erklärte er sich damals zum Sozialdemokraten und traf damit genau das Interesse der Sozialistischen Internationale und der US-Regierung unter Carter, die nach einem verlässlichen Repräsentanten der brasilianischen Demokratie Ausschau hielten. Seither werden seine Bemühungen, die alte populistische, noch aus den Zeiten des Diktators Vargas stammende Partido Trabalhista Brasileiro (PTB) wieder zu beleben und als sozialdemokratische Partei auszugeben, von Mario Soares, Felipe González, Willy Brandt und Olof Palme nicht nur mit Sympathie, sondern auch mit tatkräftiger Unterstützung begleitet.

Brizola kann zweifellos auf einen Teil der Opposition bei diesem Vorhaben zählen. Große Teile des MDB, vor allem die Autênticos, außerdem die politisch aktiven Gewerkschafter und die Vertreter von Basisorganisationen verschiedenster Art sind aber entschieden gegen eine schnelle Gründung der PTB, und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens würde dadurch das gemeinsame organisatorische Dach des MDB zerstört, unter dessen Schutz viele politische Gruppen arbeiten konnten, die sonst leicht wieder in die Illegalität abgedrängt werden können. Zweitens knüpft der politische Stil von Brizolas Kampagne fast zwangsläufig an alte populistische Traditionen an, bei denen die nationalen und lokalen Caudillos die Hauptrolle spielen. Und drittens werden die vielfältigen Erfahrungen, die die Massen selbst an der Basis im jahrelangen Kampf gegen die Diktatur gemacht haben, nicht politisch genutzt. Diese und ähnliche Vorbehalte und Argumente haben denn auch Miguel Arraes, der ebenfalls aus der alten PTB stammt, bewogen, wenigstens vorläufig Brizola nicht zu unterstützen. Die nächsten Monate werden zeigen, wie weit es den anderen Kräften gelingt, neben Brizolas Neugründung eine breite, auf der Diskus-

sion an der Basis selbst aufbauende, demokratische Massenpartei zu schaffen. Sie werden dabei niemals auf so kräftige Unterstützung aus dem Ausland rechnen können wie Brizola. Die Sozialistische Internationale muß wissen, daß sie mit einer bewußten Spaltung der brasilianischen Opposition wenigstens vorläufig das Spiel der rechten Militärregierung erleichtert.

Rückschlag für die KWU

Allmählich läßt sich offenbar auch die brasilianische Regierung davon überzeugen, daß der deutsch-brasilianische Atomvertrag weder ökonomisch sehr sinnvoll, noch besonders populär ist.

Schon im Mai hatte der Nationale Verband der Industrie eine Revision des Kernkraftprogramms verlangt. Im Juli forderte dann Präsident Figueiredo in einer Rede über die künftige Wirtschaftspolitik, "vor allem anderen" das Energiepotential der Wasserkraft zu entwickeln, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Verkaufsinteressen der Kraftwerksunion, die Brasilien acht Kernkraftwerke zu Kosten von nun schon 30 Milliarden Dollar verkaufen will, nicht hoch im Kurs stehen. Offenbar wollte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff bei seinem Besuch in Brasilia der KWU und ihrer Konzernmutter, der Siemens AG, helfend unter die Arme greifen, als er erklärte, das deutsch-brasilianische Atomabkommen sei "unteilbar" und "ohne den Kauf aller geplanten Reaktoren hätte der Aufbau des gesamten nuklearen Kreislaufs keinen ökonomischen Sinn". Diese Drohung, Brasilien so lange von der Technik der Anreicherung und Wiederaufbereitung auszuschließen, bis alle acht Reaktoren gekauft sind, wurde als reine Erpressung empfunden und bewirkte allgemeine Verärgerung.

Das Image der Kraftwerksunion und ihrer brasilianischen Partner wurde noch mehr verdüstert, als die Zeitung Gazeta Mercantil am 23. August geheime Zusatzabkommen zum Atomvertrag veröffentlichte, aus denen hervorging, daß die Kraftwerksunion sich durch besondere Regelungen in der gemeinsamen deutsch-brasilianischen Gesellschaft, die die Reaktoren bauen soll, ein absolutes Entscheidungs- und Vetorecht gesichert hatte, obwohl sie nach außen hin nur 25 Prozent der Anteile besitzt. Die Polizei hatte noch in letzter Minute versucht, durch Besetzung der Druckerei und Beschlagnahme der Druckplatten in São Paulo die Veröffentlichung zu verhindern. Sie hatte offenbar keine Ahnung davon, daß die Gazeta Mercantil inzwischen auch in Rio de Janeiro gedruckt wird. Alle Versuche, durch vernebelnde Erklärungen der Kraftwerksunion die Bedeutung der Geheimabkommen herabzusetzen, waren zum Scheitern verurteilt. Presse und Parlament sind alarmiert.

Wie sehr das Kernkraftprogramm inzwischen auch bei der Regierung in Ungnade gefallen ist, wird daran deutlich, daß in die neu geschaffene Nationale Energiekommission nicht einmal der Präsident der Kernkraftbehörde Nuclebras berufen wurde. So ist es wahrscheinlich, daß das Kernkraftprogramm auf die beiden Reaktoren beschränkt wird, die bereits im Bau sind. Ob die brasilianischen Militärs nun noch den Zugang zu der für den Bau der Atombombe notwendigen Technologie der Anreicherung erhalten werden, ist eine offene Frage.

Quellen: VEJA, ISTOE, Latin America, Le Monde.

PERU

Lehrerstreik im 4. Monat

Der 13. August, Beginn des neuen Schuljahres in Peru war zum entscheidenden Tag erklärt worden: während aus dem Erziehungsministerium verlautete, daß der Schulbetrieb normal beginnen werde, machte die Lehrgewerkschaft SUTEP diesen Tag zum "dia de combate", zum Kampftag. Heute, da der Lehrerstreik im 4. Monat steht, -erster Streiktag war der 4. Juni - bleiben in den Provinzen zwischen 80 und 95% und in Lima wegen des hohen Anteils an Privatschulen und konzentrierten Repression 60% der Lehrer dem Unterricht fern. Noch nie hat ein Streik sowohl die aktive Solidarität der gesamten Bevölkerung im Lande gefunden. Gemeinsam mit Schülern und Eltern demonstrieren die Lehrer in den Straßen von Lima und den Provinzstädten, besetzen die Schulen und richten "ollas comunes", Volksküchen ein. Zahlreiche Gewerkschaften haben Sympathiestreiks angekündigt. In mehreren Kirchen des Landes und in ausländischen Botschaften protestieren Hungerstreikende dafür, daß die Regierung sich endlich zu Gesprächen bereitfindet und die Polizeiaktionen gegen ihre Gewerkschaft einstellt. Da die Demonstranten rücksichtslos mit Schrot- aber auch Kugelschüssen auseinandergetrieben werden, sind schon unzählige Verletzte und mehrere Todesfälle zu beklagen, darunter ein 11- und ein 13 Jähriger Schüler.



Diese Schule ist besetzt!

Als es trotz dieser brutalen Repression, den fortgesetzten willkürlichen Verhaftungen (z.Z. befinden sich etwa 400 Lehrer in Haft) und auch der Entlassung von 4000 Lehrern nicht gelang, den Streik abzuwingen, wurde Mitte August ein neues Gesetz zum Erziehungswesen erlassen. Es teilt die Lehrerschaft je nach Dienstzugehörigkeit in vier Klassen und verfügt eine Gehaltserhöhung je nach Klasse von 2000 bis 4000 Soles, Schuldirektoren wurden 6000 S zugestanden. Die Streikenden haben sich jedoch nicht spalten lassen, sie verlangen zwischen 10 und 15.000 S mehr, um zumindest den Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzufangen, und vor allem die Er-

füllung ihrer politischen Forderungen nach Freilassung der Verhafteten, Wiedereinstellung der Entlassenen und als wichtigsten Punkt die Anerkennung ihrer Gewerkschaft SUTEP als Verhandlungspartner.

Obwohl heute schon große Teile des Klerus, ja sogar die rechten Parteien PPC und die Accion Popular - mit Ausnahme der so militärentreuen APRA - gegen die harte unmachgiebige Haltung der Regierung öffentlich protestieren, verweigert sie jeden Dialog mit den Lehrern. Selbst die Vermittlungen des Cardinals Juon Landazuri sind erfolglos geblieben. Die Antwort auf einen Brief der SUTEP an Papst Paul Johannes II, in dem sie ihn bittet die Militärregierung zum Einlenken in diesem Konflikt zu bewegen, steht noch aus.

Trotz der großen Solidarität, die die Lehrer erfahren, spitzt sich, nachdem sie drei Monate keine Gehälter mehr bezogen haben, ihre materielle Situation natürlich zu. Sie sind auf eine baldige Lösung des Konflikts angewiesen. Wir bitten Euch in Briefen an

Presidente de la Republica	Ministro de Educacion
General F.M. Bermudez	Senor Guabloche Rodriguez
Palacio de Gobierno	Ministerio de Educacion
Lima/Peru	Lima/Peru

die Repression gegen die Sutep zu verurteilen und die Anerkennung ihrer Forderungen zu verlangen. Solidaritätsspenden für den Streik der peruanischen Lehrer überweist bitte auf das Konto
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Kto.NR. 380087-108
Kennwort: Peru-SUTEP



Die verschlungenen Pfade der APRA

Der kürzliche Tod des Gründers und unangefochtenen Leaders der APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana) Victor Raul Haya de la Torre stellt die 50 Jahre alte Partei vor die Frage, ob sie noch in der Lage sein wird, die längersehnte Übernahme der Macht aus den Händen der Militärs zu sichern.

Große Streitigkeiten zwischen seinen möglichen Nachfolgern - die man als tendenzielle Unterschiede hinstellt - (Villanueva und Towsend) finden zur Zeit innerhalb der Partei statt. Der Sieger wird den Parteiapparat kontrollieren und die apristischen Listen bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr anführen.

Die APRA ist für die zur Machtübergabe gezwungene Militärregierung der beste Garant für die Kontinuität seiner jetzigen Politik.

Die Sozialistische Internationale, die sich schon in Portugal und der Dominikanischen Republik einen Ruf als Königsmacher erwarb, hat in der Apra ihren Statthalter in Peru gefunden. Anfang des Jahres hat sich Villanueva politische und finanzielle Rückendeckung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) geholt.

Wir wollen Euch hier zum besseren Verständnis einen Überblick über die Partei geben, die die politische Szene Perus seit den 30er Jahren stark beeinflusst hat, wobei sie von ihrer ursprünglichen Theorie des "Antiimperialismus" übergewechselt ist ins konservative Lager und in den 50er und 60er Jahren oligarchische und imperialistische Interessen vertreten hat. Heute möchte sie allerdings wieder als sozialdemokratisch erscheinen, um auf dem Wahlweg die Unzufriedenheit des Volkes aufzufangen und um einen Gegenpol zum wachsenden Einfluß der revolutionären Linken zu bilden.

Aus Platzgründen drucken wir in dieser Nummer nur den ersten Teil des Artikels ab. Die Fortsetzung folgt nächsten Monat.

Die antiimperialistischen Ursprünge der APRA

Die Alianza Popular Revolucionaria Americana wird 1924 von Haya de la Torre in Mexiko gegründet, wo er im Exil lebt. Ihre Prinzipien faßt der junge Haya in 5 Punkten zusammen:

1. Kampf dem Yanqui-Imperialismus
2. Für die politische Einheit Lateinamerikas
3. Für die Verstaatlichung des Panamakanals
4. Für die Verstaatlichung von Ländereien und Industrien
5. Für die Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und Klassen der Welt

Diese Allianz, die noch keine Partei ist, definiert er als eine kontinentale Organisation zur Koordination der Kämpfe gegen den amerikanischen Imperialismus.

"Unser antiimperialistischer Widerstand verlangt als 1. Schritt die politische und wirtschaftliche Einheit Indoamerikas."

Diese Grundsatzthese des "Antiimperialismus" kann man aus der Situation Lateinamerikas erklären, das in diesen Nachkriegsjahren zusehen muß, wie auf seinem Kontinent die Vormachtstellung der USA in Handel, Finanzen und wenn nötig auch in militärischen Fragen verankert ist. 1918 werden 60 % des peruanischen Handels mit den USA abgewickelt.

Das fortschreitende Eindringen des ausländischen Kapitals bestimmt die soziale und politische Entwicklung Perus.



Haya de la Torre, der einzige und letzte Chef der APRA



Villanueva reitet ein Pferd, das er noch nicht fest in den Zügeln hat.

Andererseits bildet sich ein neues Proletariat in den Städten, auf dem Land und in den Bergwerken, sowie ein großer Mittelstand durch das Ansteigen der Investitionen, die beginnende Entwicklung der Infrastruktur und die Anfänge der Industrie. Der Kampf dieser Sektoren gegen das unaufhörliche Ansteigen der Lebenshaltungskosten in den 20er Jahren macht den Konflikt mit dem oligarchischen Staat deutlich. Die Preissteigerungen und die Lebensmittelknappheit wurden zum größten Teil durch den fortschreitenden Anbau agro-industrieller Exportkulturen - wie Zucker und Baumwolle - zum Nachteil der Hauptnahrungsmittel hervorgerufen.

Die Analyse der Klassenzugehörigkeit der APRA-Mitglieder 1931 zeigt die Stärke eines neuen Mittelstandes, der in dieser Partei den Ausdruck seiner Interessen gefunden hat.

Angestellte	63,0 %
Selbständige	10,5 %
Arbeiter	26,3 %

Der Einfluß der APRA in der Arbeiterschaft, vor allem in den Zuckerplantagen im Norden des Landes und bei den Textilarbeitern, ist auch bemerkenswert.

Hinzukommt das Verbot der Kommunistischen Partei und die Auflösung der CGTP, ihrer Gewerkschaft. Damit verliert die KP ihren Einfluß in der Arbeiterschaft.

Das Programm der APRA in den 30er Jahren Kampf gegen die Landoligarchie

1930 präzisiert Haya de la Torre die Thesen des Antiimperialismus, die er 1928 in seinem Buch "Der Antiimperialismus und die APRA" dargelegt hat.

"In der nationalen Wirtschaft stehen sich 2 Produktionsmethoden gegenüber: eine rückständige nationale Methode - feudal oder halbfeudal - und eine fortgeschrittene imperialistische Methode. Das Land hat einen feudalen und keinen kapitalistischen Charakter; der beginnende Imperialismus hat seine logische Entwicklung noch nicht im ganzen

Land durchsetzen können."

"Ohne eine effektive Veränderung des feudalen Produktionssystems, deren herrschende Klasse den Staat direkt oder indirekt mit der Unterstützung des Imperialismus unter Kontrolle hat, wird man weder den Staat kontrollieren, noch die nationale Wirtschaft revolutionieren können. Deshalb ist der antiimperialistische Kampf antifeudal."

Die kapitalistische Etappe realisieren

Es handelt sich darum "unsere kapitalistische Etappe zu realisieren, indem wir die feudale Gesellschaftsstruktur abschaffen, wobei es notwendig ist, das Land zu entfeudalisieren und die traditionelle Oligarchie der Großgrundbesitzer abzulösen. Von daher die Notwendigkeit einer Agrarreform." Das Ziel der Revolution ist, die Produktionsstruktur zu reformieren und nicht die Produktionsverhältnisse zu ändern. Man will "die Unabhängigkeit Lateinamerikas im Rahmen des kapitalistischen Systems erreichen." (Wohin geht Indoamerika, 1936)

Die zwei Seiten des Imperialismus

Man will das ausländische Kapital zur Industrialisierung, zur Modernisierung des Landes benutzen, aber mit einer staatlichen Kontrolle der Investitionen. Tatsächlich ist für Haya de la Torre "der Imperialismus ein ambivalentes wirtschaftliches Phänomen: er stellt eine Gefahr dar, bringt aber auch Fortschritt für die rückständigen Länder mit sich." Würde demzufolge ein guter und ein schlechter Imperialismus existieren??

"In Zentralamerika wie auch in einer Großzahl von lateinamerikanischen Ländern kommt der Imperialismus schon als solcher an, gewalttätig und räuberisch, nicht um aufzubauen sondern um auszubeuten und auszusaugen, das alles ohne sogut wie nichts zu hinterlassen." Aber "der Imperialismus als wirtschaftliches Phänomen ist das Auftauchen des Kapitalismus in den unterentwickelten Ländern. Also gibt es eine konstruktive und progressive Seite am Imperialismus!"

Der antiimperialistische Staat

Die APRA will deshalb "die Grundlage einer neuen wirtschaftlichen und politischen Organisation schaffen, die die erzieherische und konstruktive Aufgabe des Imperialismus erfüllt, der frei ist von der Grausamkeit menschlicher Ausbeutung und nationaler Unterwerfung. Diese neue Organisation, die die notwendige Etappe des Kapitalismus verwicklichen soll, ist der "Antiimperialistische Staat!" Haya strebt eine Art "Staatskapitalismus" an, der die "Vermittlerrolle zwischen nationalen und ausländischen Interessen" übernimmt, um das ausländische Kapital zu kontrollieren.

Als politische Organisation strebt die APRA eine "funktionale Demokratie" an, die auf "korporativistischen Grundsätzen" beruht. Der "intellektuelle oder manuelle Arbeiter-Bürger" wird die grundlegenden Entscheidungen des Staates beeinflussen.

Eine Mehrklassen-Partei

Haya schlägt eine "soziale und keine sozialistische Revolution" vor, stärker von der mexikanischen als von der sowjetischen Revolution beeinflusst, deren Erfahrungen er, wie die des Faschismus, als spezifisch europäische Phänomene ablehnt, "Ideologien und Bewegungen, die auf einem ganz anderen Entwicklungsstand basieren als dem unseren."

"Man kann in einer feudalen Gesellschaft, wie in Peru, das noch keine

kapitalistische Phase erlebt hat, weder eine Partei noch eine Regierung bilden, die ausschließlich proletarisch ist. Vielmehr brauchen wir eine Partei der Fronten, bestehend aus allen Klassen die die Entwicklung des Nationalkapitalismus vorantreibt. Die Mittelklassen übernehmen die Parteiführung, da sie in ihrer Existenz am stärksten bedroht sind, und weil das industrielle Proletariat dafür noch zu jung ist und die Bauern unwissend."

"Diese Mehrfrontenpartei könnte sich mit der nationalen Bourgeoisie, die vom Imperialismus bedroht ist, verbünden, wenn sie in jedem konkreten Fall die Bedingungen des Paktes, seine Dauer und sein Ziel festlegen, allerdings ohne jemals zweideutige Abmachungen zu akzeptieren."

Diese Zusammenschlüsse werden nach dem 2. Weltkrieg eine Charakteristik in der Entwicklung der APRA sein.



Haya de la Torre fotografieren in einem Zapatakostüm

„Wir werden Peru retten“

Der Opportunismus der aus der Mittelschicht kommenden APRA-Führung zeigt sich schon bei den Wahlen 1931, wo Haya, um sich den USA anzunähern, seine Anfangspositionen abändert.

"Der technische und wissenschaftliche APRA-Staat wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen soweit es die Umstände erlauben und in gradueller und wohlüberlegter Weise."

Was den Landbesitz anbetrifft, "werden wir verstaatlichen, indem wir den gerechten, vom Staat festgesetzten Gegenwert bezahlen und den Kleinbesitz fördern."

Im Minensektor, wo die US-Interessen liegen (Northern, Cerro de Pasco) spricht man nicht von Verstaatlichung. Nationalisierung von Bergwerken und Industrie werden ohne genauere Angaben auf später verschoben.

Von den Wahlen in den Untergrund

Bei diesen Wahlen erhält die APRA - die im März 1930 offiziell als Partei gegründet wurde unter dem Namen Peruanische Apristische Partei (PAP) - 27 % der Stimmen. Das bedeutet einen großen Erfolg für eine so junge Partei, deren Leader erst ein paar Monate vorher nach 8 Jahren Exil nach Peru zurückgekehrt war. Dieser rasche Erfolg erklärt sich durch:

1. den radikalen nationalistischen Diskurs der APRA, die eine entscheidende soziale Veränderung verspricht, der Mittelschicht eine neue Perspektive anbietet und die Unterstützung der unteren Schichten durch Aufgreifen ihrer Forderungen gewinnt.

2. durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die auch in dem vom US-Kapital und Handel abhängigen Peru ihre Auswirkungen hat.

Zwar verbreitet Haya de la Torre Angst und Schrecken unter der peruanischen Oligarchie, doch wurden diese nicht vom amerikanischen Botschafter geteilt, der seiner Regierung nach einem Gespräch mit Haya mitteilte: "Sollte Haya zur Präsidenten gewählt werden, haben wir nichts zu fürchten. Im Gegenteil, könnten wir eine vorzügliche, stark liberale Verwaltung erwarten, in der Gerechtigkeit, Vertrauen und Wohlstand herrschen würden."

Die APRA verliert die Wahlen, spricht aber von Wahlbetrug. Sie kämpft gegen den Militär Sanchez Cerro, der 1930 den Präsidenten Leguia gestürzt hatte. Sanchez deportiert die apristischen Abgeordneten, die APRA organisiert daraufhin einige Aufstände wie in Trujillo und Cajamarca (Juli 1932). Die Antwort der Regierung ist eine große Repression, die Tausende von Opfern unter den Parteimitgliedern forderte. Daraus entsteht die Mythologie des Martyriums der APRA und eine große Feindschaft mit den Streitkräften. "Wir können nichts Großes schaffen, wenn wir nicht die Last des Kreuzes auf unseren Schultern spüren, das das alte Peru von seinen Sünden erlösen wird. Wir spüren noch die Last des Kreuzes, eine unentbehrliche Last, eine fruchtbare Last, eine Last, die wir brauchen um uns die Retter Perus nennen zu können."

Von 1933-34 kann Haya de la Torre an der Organisation seiner Partei arbeiten, bevor im November 34 die Verfolgung von neuem beginnt.

Während der Militärregierungen Sanchez Cerro und Oscar Benavides (1931-1939) wird die Arbeiter- und Massenbewegung brutal unterdrückt. Das erlaubt der herrschenden Klasse, vor allem der exportorientierten Agro-Bourgeoisie, sich von der Krise zu erholen und ihre Macht zu verstärken. Die APRA ist verboten, organisiert jedoch mehrere erfolglose Verschwörungen, um Benavides zu stürzen.



In den Wahlen von 1939 verabredete die APRA mit Prado, dem Präsidentschaftskandidaten der Oligarchie, daß sie ihn bei der Wahl unterstützen werde, wenn er nach seinem Amtsantritt das Verbot der APRA aufheben würde. Prado wurde gewählt, aber er dachte nicht daran, die APRA zu legalisieren, was Haya de la Torre nicht davon abhielt 1956 Señor Prado wiederum zu unterstützen.

Haya und die Politik der guten Nachbarschaft

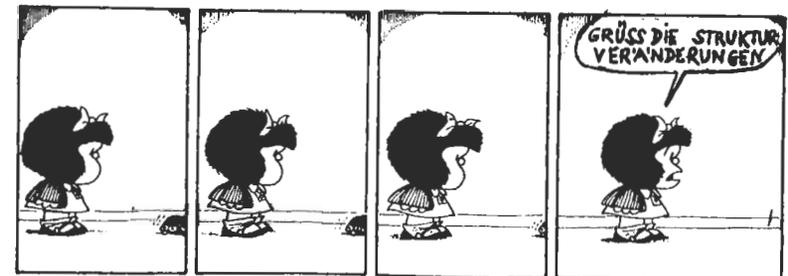
Während des 2. Weltkrieges, als der Sieg der Alliierten sich schon abzeichnete, erklärt sich Haya einig mit den Zielen der westlichen Demokratie gegen totalitäre Systeme wie Faschismus und Kommunismus.

Angesichts der Diktatur von Prado verlangte er deshalb - um der Demokratie willen - die direkte Intervention der USA.

Mit der Politik Roosevelts (1933-1945), die Beziehung der USA zu den lateinamerikanischen Ländern zu harmonisieren, die direkten Interventionen der USA vergessen zu machen, eine "Gute Nachbarschaft" zu pflegen, änderte sich auch die Haltung der APRA in Bezug auf die USA. Sie unterstützte deren Politik, strich den "Yanqui-Imperialismus" aus ihrem Wortschatz und ersetzte ihn durch den "demokratischen Panamerikanismus ohne Vorherrschaft."

Auch auf nationaler Ebene scheint die APRA zunehmend den Opportunismus zum Programm zu machen, die Unterstützung oligarchischer Interessen beginnt sich ab 1956 abzuzeichnen.

So fordert er 1945, als die Partei, deren Mitglieder ein Jahrzehnt im Untergrund für soziale Verbesserungen gekämpft haben, wieder zugelassen wird, in seiner ersten öffentlichen Rede "sein Volk solle denen, die nicht wußten, was sie taten, vergeben" und an die herrschende Klasse gerichtet "wir wollen nicht den Reichtum denen nehmen, die ihn haben, sondern denen geben, die ihn nicht haben."



KOLUMBIEN

Ein Jahr zivile Diktatur

Am 14. September jährt sich zum zweiten Mal der Tag des Nationalen Zivilen Streiks. Damals protestierten die Gewerkschaften und die organisierten Elendsviertel gegen die niedrigen Löhne, die steigenden Lebenshaltungskosten, den dauernden Ausnahmezustand, die Streichung von Gewerkschaftsrechten und die Besetzung der Nationalen Universität durch das Militär. Im August dieses Jahres hatte die Regierung das erste Regierungsjahr mit Erfolg hinter sich: das Wirtschaftswachstum ist so hoch wie nie zuvor, das Volk verelendet. Auch der Verteidigungsminister Camacho Leyva hielt sein Versprechen, als "autoritärster General der Armee" die politische Situation des Landes seinem Demokratieverständnis anzupassen: seit Beginn dieses Jahres wurden etwa 5000 Menschen willkürlich verhaftet und zum großen Teil gefoltert. Aber trotz der verschärften Repression verallgemeinert sich auch der Widerstand.

Wirtschaftswachstum und Probleme des Überlebens

Sicherheit, Produktivität und Arbeitsplätze wollte die Regierung Turbay gewährleisten. Das Bruttoinlandsprodukt hatte ein Wachstum von 8,9% (doppelt so viel wie 1977, das höchste seit 30 Jahren) für 1978 zu verzeichnen. Den größten Anteil daran hatte der Agrarsektor, der ein Wachstum von 10% aufweist (1977: 2,3%): allerdings stieg zwar die Produktion von Exportartikeln wie Kaffee, Blumen, Gerste, Rinder etc. an, die Nahrungsmittelproduktion für den internen Markt dagegen sank weiter ab. Schon 1974 bestand in fast allen im Land konsumierten Nahrungsmittelgruppen ein Defizit, so bei Fleisch und Eiern von 47%, bei Hülsenfrüchten 49%, Gemüse 64%, Proteine im allgemeinen 22%, Calcium 51%, Vitamin A 31%, um nur die höchsten zu nennen. Dieses Defizit ist von 1971-74 um 390% gewachsen!

Das Industriewachstum liegt doppelt so hoch wie 1977. Aber während die vorhergehenden Regierungen wenigstens noch den Anspruch erhoben, auch die 50% Ärmsten an der Entwicklung des Landes zu beteiligen, so vertritt die gegenwärtige Regierung offen die Wirtschaftspolitik der 'Chicago-Boys', eine Politik, deren Folgen aus anderen lateinamerikanischen Ländern (Chile, Peru) zur Genüge bekannt sind. So sinkt der prozentuale Anteil der Ausgaben für Gesundheit und Erziehung im Haushaltsjahr 1980 jeweils um ca. 3%. Diese Streichungen finden angesichts einer prekären Versorgungssituation statt: abgesehen davon, daß 35% der Bevölkerung von jeglicher me-

dizinischen Versorgung abgeschnitten sind, werden ständig Krankenhausbetten gestrichen. Es fehlt in den Krankenhäusern am Allernotwendigsten: an Medikamenten und an Verbandsmaterial. Das einzige Krankenhaus mit dem karitativen Anspruch, die Armen kostenlos zu versorgen, muß zum Beispiel Patienten mit Knochenbrüchen wegschicken, da die Flüssigkeit, die zur Entwicklung der Röntgenbilder notwendig ist, nicht vorhanden ist. Kürzlich starben 6 Patienten an leicht-behandelbaren Krankheiten, weil die Medikamente fehlten: die Regierung zahlt die zugesagten Gelder nicht.

Die Sozialversicherung ist absolut ungenügend, weil auch hier die Regierung ihren Anteil an den Kosten nicht trägt.

Im August fanden Preiserhöhungen für quasi alle lebensnotwendigen Artikel statt: der Kaffeepreis stieg somit in den letzten neun Monaten um 127% und nach Aussage des Kaffeerösterverbandes handelt es sich bei dem Kaffee für den Binnenmarkt eh nur um ein Abfallprodukt ohne nennenswerten Wert. Getränke wie Brause wurden um 12% erhöht, es soll ein weiterer Aufschlag von 20 Centavos pro Flasche erfolgen, um die 1986 voraussichtlich in Kolumbien stattfindende Fußballweltmeisterschaft zu finanzieren. - Die Bustarife wurden gleich zweimal innerhalb kürzester Zeit erhöht. Die Milchpreise wurden freigegeben und stiegen sofort um 30%. Die Preiserhöhung wurde damit gerechtfertigt, eine kostenlose Milchverteilung in den Schulen einzuführen, und die Milch, die keiner Qualitätskontrolle unterliegt, ab sofort zu kontrollieren. Eine Maßnahme, die sicherlich notwendig wäre in Anbetracht dessen, daß die Milch als Hauptdurchfallerreger gilt (vor dem Wasser), weil sie häufig mit Wasser und Maizenamehl verlängert wird und mit Überdosen von Konservierungsstoffen versehen ist, die immer wieder zu Durchfällen führen. Die Mehrheit der sechs Kinder, die allein in Bogotá täglich an Durchfällen sterben, stirbt an den Folgen gepantschter Milch.

Der Warenkorb für Arbeiter liegt somit inzwischen bei 8500 Pesos (Gegenwert: ca. 425 DM; im Oktober 78 lag er bei 7200 Pesos) während der Minimallohn bei 3540 Pesos liegt. (Über 50% der Beschäftigten verdienen weniger als den Mindestlohn).

Kämpfe des Überlebens

Ca. 350 tausend staatliche Angestellte befinden sich seit etwa 3 Wochen im Streik. Ihre Forderungen sind: Arbeitsplatzsicherheit, 70%ige Lohnerhöhung, gewerkschaftliche Rechte, Sozialversicherung. Betroffen sind die Beschäftigten des Finanzministeriums, des Justizsektors, der Universitäten, des Erziehungsministeriums, der staatlichen Fernmeldegesellschaft und das Institut für Bodenschätze.

Die 2300 Arbeiter des multinationalen Konzerns Chrysler planen einen Streik, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Gewerkschaften des Zementsektors, die seit einiger Zeit der Dachgewerkschaft CSTC (an die KP Kolumbiens angeschlossen) angehören, befinden sich in Verhandlungen und haben in einigen Betrieben Lohnerhöhungen um durchschnittlich 32% durchgesetzt. Betroffen sind ca. 7000 Arbeiter.

Vier Kirchen wurden Ende August besetzt: in Sincelejo streiken einige Hundert Beschäftigte des Gesundheitswesens, da ihnen die im Januar zugesagte Lohnerhöhung nicht ausgezahlt wird. Nachdem zuerst neun Gewerkschaftsführer entlassen und die Streikenden von ihrem Arbeitsplatz vertrieben wurden, flüchteten sie sich in drei Kirchen, wo sie am folgenden Tag, den 22.8., einen Hungerstreik begannen.

In Melgar (Cundinamarca) besetzten 30 Familien ein Stück Land, von dem sie Armee und Polizei wieder vertrieben. Sie flüchteten sich in die Kirche San Francisco, die sie zu ihrer Bleibe deklarierten, da das gesamte brachliegende Land der Region vom Bürgermeister zum Eigentum der Armee erklärt wurde.

Das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte, der nationale Gewerkschaftsrat CNS und viele andere Organisationen planten einen Sternmarsch ab 28.8. von Cali, Medellín und Barranquilla, der am 6.9. in Bogotá ankommen sollte. Am 6.9.78 wurde das berühmte Sicherheitsstatut von der Regierung erlassen. (vgl. LN 63,65, 66,73), das die gegenwärtige Repressionswelle nach sich zog. - Der Sternmarsch wurde nicht zugelassen.



Die Gruppe FIRMES (vgl. LN 65) hat sich entschlossen, sich im kommenden Jahr an den Kommunalwahlen zu beteiligen. Zwar werden die in FIRMES koordinierten Parteien und Gruppen sich unter ihrem eigenen Namen eintragen lassen, aber die gemeinsame Zielrichtung ist durch das Nationale FIRMES-Komitee und die gemeinsamen Programmpunkte umrissen. Die Punkte sind folgende:

1. Kampf für demokratische Freiheiten, gegen die Verletzung der Menschenrechte und der Militarisierung;
2. für nationale Souveränität und die Unterstützung derjenigen Völker, die für ihre Befreiung kämpfen;
3. gegen die monopolistische Konzentration des Reichtums und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten;
4. Entschlossene Opposition gegen die Turbay Regierung.

Die Familienangehörigen der politischen Gefangenen haben sich in einem Komitee zusammengeschlossen. In erster Linie bemühen sie sich darum, gemeinsam für die Ernährung der Gefangenen zu sorgen, die in kolumbianischen Gefängnissen von den Gefangenen selbst organisiert werden muß. Das Komitee organisiert Kulturveranstaltungen, Straßensammlungen und Geldsammlungen in Gewerkschaften und verkauft Gegenstände aller Art, die die Gefangenen in den gefängnis-eigenen Werkstätten herstellen.

Für den 14. September riefen die Gewerkschaften und mehrere linke Parteien und Gruppierungen, darunter die Gruppe FIRMES, zum Nationalen Generalstreik gegen die Sozialpolitik der Regierung auf. Die Forderungen sind: Einfrieren der Preise der lebensnotwendigen Güter, demokratische und gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten, Lohnerhöhung. Die Forderungen sind also noch die gleichen wie vor zwei Jahren, obwohl die Aufarbeitung des Zivilen Streiks von 1977 in Gewerkschaftskursen einer großen Anzahl von Arbeiter die Unmöglichkeit der Durchsetzung ihrer Forderungen klarmachte, solange nicht eine Umwandlung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Strukturen angegangen wird.

„...wir werden die Subversiven um jeden Preis ausrotten.“ (hoher Militärsprecher)

Angesichts der zunehmenden Vereinheitlichung des Widerstands und des anstehenden Nationalen Streiks wurde am 16.8. der Alarmzustand ausgerufen und die Regierung erließ ein allgemeines Ausgehverbot für die Armee: das bedeutet, die Soldaten werden mit Schlaf- und Essensentzug auf die Streiks vorbereitet, wie es in vorhergehenden Jahren schon praktiziert wurde.

Die Verhaftungen nahmen weiter zu: Ein Professor für Bildhauerei wurde in Medellín verhaftet, der zur Vorbereitung eines Seminars Gebäude fotografierte. Dabei lief ihm ein Soldat ins Bild und er wurde sofort festgenommen wegen subversiver Tätigkeiten. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden subversive Gegenstände wie sein Arbeitswerkzeug und, was das Schlimmste ist, Kameras gefunden.

Trotz starken ausländischen Protestes wegen der Festnahme zweier Jesuitenpater unter Verletzung der Konkordatsbestimmungen (vgl. LN 72,73), wagte man es erneut, Ordensleute festzunehmen. In Cartagena wurde die österreichische Nonne Herlinde Moises verhaftet wegen angeblicher Lieferungen von Waffen und Geld an Guerrillaorganisationen und subversiven Tätigkeiten. Sie befand sich schon 1976 mehrere Monate in Haft, wo sie schwerstens gefoltert und nur auf ausländischen Druck freigelassen wurde. Ein Bewohner des Viertels, in dem sie lebt und arbeitet, wurde ebenfalls verhaftet und gefoltert, um so gegen Schwester Herlinda auszusagen.

Die Situation der beiden Jesuitenpater Restrepo und Arango ist noch immer ungeklärt. Der Justizminister Escobar Sierra erklärte im August in Barranquilla, er sei sich sicher, die beiden Priester hätten, wenn auch nicht an der Ausführung, so doch an der Vorbereitung der Tat teilgenommen und seien somit die geistigen Väter. Diese Äußerung führte zu scharfem und breitem Protest gegen die Schuldigsprechung von Abgeklagten, deren Prozeß noch nicht begann und die beiden Priester fragten in einem Brief, wie denn wohl mit gewöhnlichen Gefangenen umgegangen wird, wenn schon Gefangene wie sie selbst, hinter denen der gesamte Jesuitenorden steht, öffentlich vom Justizminister als Schuldige bezeichnet werden.

Gegen Alfredo Camelo Franco und andere Personen, die der Mitgliedschaft zu MAO (Arbeiterselbstverteidigung, die Gruppe erklärte sich für den Mord an Pardo Buelvas im September 78 verantwortlich, vgl. LN 63) bezichtigt werden, begannen die Prozesse. Zwei der Angeklagten traten am 4.7. in Hungerstreik, um ihre Unschuld zu beweisen. Es gibt wenig Informationen über diese Prozesse, die Verteidiger sind zum großen Teil Angehörige des Militärs.

Die Daten für die Prozesse gegen diejenigen Verhafteten, die angeklagt sind, der M 19, der FARC (Guerrillagruppe, der KP nahesteht), der ELN (marxistisch/leninistisch orientierte Guerrillagruppe) und der PLN (kleine, m/l orientierte Guerrillagruppe) anzugehören, werden nicht bekanntgegeben, denn nach ordentlichen Rechten müßten die Angeklagten bis zu diesem Zeitpunkt aus der Haft entlassen werden.

Die im letzten Jahr zu durchschnittlich 20 Jahren Gefängnis wegen angeblicher Zugehörigkeit zu der Nationalen Befreiungsarmee ELN verurteilten Angeklagten fordern auf, Briefaktionen an den Magistrado Dr. Rafael Núñez Alvarez T.S.M. (C.A.N., Bogotá) zu richten, der die Wiederaufnahme des Verfahrens in zweiter Instanz bearbeitet. Die Verhafteten wurden nach den Paragraphen des Sicherheitsstatuts verurteilt, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft war, ohne daß irgendwelche Beweise beigebracht wurden. Ihre Verteidiger wurden durch Schikanen veranlaßt, sich zurückzuziehen. (vgl. LN 63)

Am 12.8.79 wurden in Medellín der Priester VICENTE MEJÍA und die Argentinierin MARÍA TERESA von den Militärs verhaftet. Dies ist ein weiterer Fall, der gegen die Konkordatsbestimmungen verstößt. AI fordert dazu auf, sich einer Telegramm- und Briefaktion anzuschließen.

An den
Señor Comandante de la IV Brigada, Medellín

KORREKTUR ZU LN 73

Auf Seite 30 der letzten LN muß die Überschrift vielmehr heißen:
"KONKORDATSBRUCH UND CIA-STRATEGIE GEGEN DIE KIRCHE DER ARMEN"

ECUADOR

Strukturwandel nach der Wahl?

Mit der Übernahme des Präsidenschaftsamtes durch Jaime Roldos am 10. 8. 79 endete die längste Diktatur in der jüngeren Geschichte Ecuadors. Der Regierungswechsel stieß auf breites Interesse in Lateinamerika und in der übrigen Welt. Mehr als 60 internationale Delegationen nahmen an dem Staatsakt teil.

Roldos war im April dieses Jahres im 2. Wahldurchgang mit Stimmenmehrheit gewählt worden. Mit dem Motto "Kräfte für den Wandel" haben er und seine Partei CFP (Concentración de Fuerzas Populares) große Hoffnungen vor allem bei den ärmeren Bevölkerungsteilen geweckt, deren Situation sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert hat, während sich die gehobeneren sozialen Schichten weiter bereicherten, und der Staat seine ökonomische Macht erheblich ausbaute. Die neue Regierung hat soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum versprochen. Dabei findet sie die Unterstützung der progressiveren Teile der Bourgeoisie, die gewisse soziale Reformen für notwendig erachten, um die kapitalistische Entwicklung voranzutreiben. Die traditionellen Machtgruppen werden jedoch eine Veränderung bestehender Strukturen und eine Beschneidung ihrer Privilegien nicht widerstandslos hinnehmen. In diesem politischen Spannungsverhältnis wird sich die Innenpolitik der Regierung Roldos bewegen.

Will Roldos die Wahlversprechen einlösen, muß er die akuten ökonomischen Probleme des Landes lösen: die Auslandsverschuldung beläuft sich inzwischen auf 4 Milliarden Dollar und es muß mehr als ein Drittel der gegenwärtigen Exporteinnahmen für Amortisationszahlungen und Zinsen aufgewendet werden.

Ecuador ist auf dem besten Wege ein erdölimportierendes Land zu werden, da die gegenwärtigen Exporte angesichts des gewaltig ansteigenden inländischen Konsums von Mal zu Mal geringer werden. Jahrelang hat die Militärregierung die nationalen Ressourcen verschwendet und sich damit an der Macht gehalten. Die neue Regierung wird die ökonomischen Ressourcen maßvoll einsetzen müssen.

Die soziale Situation weist die typischen Kennzeichen von Unterentwicklung auf: 20% der Bevölkerung sind arbeitslos, mehr als 10% unterbeschäftigt. Die ländliche Bevölkerung ist politisch und ökonomisch marginalisiert. Die Gesundheits- und Ernährungssituation großer Teile der Bevölkerung ist miserabel, die Analphabetenquote liegt bei 24%.

Falls keine ernsthaften Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen Situation unternommen werden, können die Programme der neuen Regierung angesichts dieser Perspektiven zu einem großen Reinfall werden.

Die außenpolitische Linie, die die Regierung Roldos verfolgen will, kann man als progressistisch bezeichnen. Roldos war der erste Staatschef, der Managua nach dem Triumph der Revolution besucht und Nicaragua seine volle Unterstützung zugesagt hat. Die diplomatischen Beziehungen zu Kuba, die 1962 unter dem Druck der USA abgebrochen wurden, sind wieder aufgenommen worden, und nun hat angekündigt, einen Beobachter zur Konferenz der Blockfreien nach Havanna zu entsenden.

Gegenüber der Presse erklärte der Außenminister, daß man klare antikolonialistische und antirassistische Positionen vertreten werde, Initiativen zur Abrüstung

unterstütze, die Prinzipien der Nichteinmischung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker verteidigen und für die Respektierung der Menschenrechte eintreten werde. Außerdem werde man Industrienationen dazu drängen, daß die im Rahmen der UNCTAD beschlossenen Resolutionen umgesetzt und die ungerechten Restriktionen und Zollbarrieren gegenüber Exporten der Entwicklungsländer abgebaut werden.

Sollte es der Regierung Roldos nicht gelingen, größere soziale Gerechtigkeit zu schaffen, wie es während der langen Wahlkampagne versprochen wurde, wird sie in den Widerspruch geraten, einerseits eine progressistische Außenpolitik zu verfolgen, um das Bild einer fortschrittlichen Regierung aufrechtzuerhalten, während andererseits im Inneren Ausbeutung, Armut und soziale Marginalisierung nicht nur fortbestehen, sondern sich verschärfen werden. Dies könnte zunehmende Repression des Staates gegenüber dem Volk nach sich ziehen.

Im Moment ist auf politischer Ebene nach Jahren der Lethargie eine positive Entwicklung festzustellen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung wurde das Abgeordnetenhaus und der Senat durch ein Einkammersystem abgelöst. Das erstmals nach dem Einkammersystem versammelte Parlament kann die Machenschaften der Diktatur aufdecken und zur Anklage bringen. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, das auf dem rasch ansteigenden Erdöllexport basierte, führte zu einer Verschwendung nationaler Ressourcen. Die Korruption hat ein unglaubliches Ausmaß angenommen. Die Bevölkerung und besonders die Arbeiter waren zunehmender Repression ausgesetzt – es sei nur an das Massaker von der Zuckerfabrik Aztra erinnert, bei dem mehr als 100 streikende Landarbeiter ermordet wurden. Das Streikrecht wurde aufgehoben, Gewerkschaften verboten und ihre Führer verfolgt. Der politische Mord, dem der Ex-Präsidentschaftskandidat Abdón Calderon zum Opfer fiel, wurde von hochgestellten Mitgliedern der Militärdiktatur mitinitiiert. Die Nachforschungen zur Aufdeckung dieses Mordes wurden behindert, um den maßgeblich an der Tat beteiligten ehemaligen Innenminister zu schützen.

Zur Aufdeckung all dieser Tatbestände kann das Parlament als öffentliches Tribunal fungieren.

In einer seiner ersten Amtshandlungen hat das Parlament die gegen die Arbeiterschaft gerichteten Dekrete, auf deren Grundlage Gewerkschaftsführer verfolgt und inhaftiert worden waren, aufgehoben. Per Dekret wurde das Streikrecht wieder eingeführt.

Außerdem wurde ein Gesetz ratifiziert, das die ecuadorianischen Hoheitsrechte auf 200 Seemeilen festlegt. Damit tritt das Parlament der anmaßenden Position der USA entgegen, die lediglich eine 3-Meilenzone anerkennen.

Durch die Koalition mit der Konservativen Partei, den Liberalen und der Christdemokratischen Partei des Vizepräsidenten O. Hurtado hat die CFP im Parlament die absolute Mehrheit von 43 der insgesamt 96 Stimmen. Assad Bucaram, der alte populistische Führer der CFP, wurde Parlamentspräsident.

Die Linken errangen nur 2 Parlamentssitze: einer für die maoistisch orientierte MPD (Movimiento Popular Democrático), der zweite für die UDP (Union Democrata Popular), einer Fraktion der orthodoxen Kommunisten.

Die Wahlkoalition der nicht-maoistischen Linken, die FADI (Frente Amplio de Izquierda), der u.a. die UDP, der Partido Socialista Revolucionario und der Movimiento Segunda Independencia angehörten, erwies sich als ein zerbrechliches Konglomerat, das den Wahltaktiken einiger ihrer Mitglieder erlag. Sie stellte für die Massen des Volkes keine Alternative dar und scheiterte bei dem Versuch, eine starke Vertretung im Parlament zu erringen.

GUAYANA

Schwere Unruhen und Unterdrückung

Zu schweren Unruhen kam es in Georgetown/Guayana, als die Polizei das Feuer auf ca. 1 000 Menschen eröffnete, die gegen die Verhaftung bekannter linker Intellektueller – darunter der weltweit bekannte Historiker Walter Rodney – und die Ermordung eines Jesuitenpaters, Bernard D'Arc, protestierten.

Den Verhafteten wird Waffenbesitz und Brandstiftung vorgeworfen. Sie sind führende Mitglieder der sozialistisch orientierten WPA (Allianz für die Arbeitende Bevölkerung), deren Ankündigung, sich an den kommenden Wahlen zu beteiligen, beträchtliche Unruhe in Regierungskreisen hervorgerufen hat.

Nach einer Serie von Übergriffen gegen Mitglieder und Sympathisanten der WPA wurde nun ein von unbekanntem Tätern verübter Anschlag auf ein Regierungsgebäude und das Büro der PNC (Nationaler Volkskongress) des Premierministers FORBES BURNHAM zum Anlass genommen, einige der wichtigsten Mitglieder der "Allianz" unter Anklage zu stellen. Die WPA wird von einem früheren Premierminister Guayanas, Cheddi Jagan, angeführt und steht mit der politischen Führung Grenadas in Verbindung.

Der zunehmende Einfluß der WPA unter der Bevölkerung, vor allem in den großen Städten und den Zentren des Bauxitbergbaus, resultiert aus ihrer konsequenten Politik gegen den Abbau demokratischer Rechte und zur Überwindung der durch die Kolonialzeit bewirkten und seit der Unabhängigkeit (1966) verstärkten Rassenspaltung des Landes (51 % der Einwohner sind indischen, 31 % afrikanischen Ursprungs). Sie steht dem abgewirtschafteten Regierungssystem Burnham's und seiner Partei, die die minoritären Afro-Guayanesen im Lande repräsentiert, gegenüber.

Die Regierungspartei hält sich durch schwere Wahlmanipulation (zuletzt beim Verfassungsreferendum im Juli 78), Korruption, Vetternwirtschaft und pseudo-sozialistische Rhetorik an der Macht und entwickelt sich zunehmend zu einer repressiven Parteidiktatur. Unruhen wuchsen zuletzt auch in den Streitkräften über Burnham's diktatorische Machtausübung. Burnham benutzte die Armee als Streikbrecher und drängte Militär und Polizei, seiner Partei und seiner – von ihm selbst beschlossenen – Vormachtstellung gegenüber der Regierung zu schwören.

Eine besondere Rolle bei der zunehmenden Repression spielen extremistische religiöse Sekten wie "House of Israel", die sich wie die durch das Massaker vom November 78 berüchtigte Volkstempel-Sekte wohlwollende Duldung sowie Privilegien von Seiten der Regierung durch Geldspenden, Einsätze als Streikbrecher und militante Übergriffe auf die politische Opposition erkaufen.

Wir wissen von der Verhaftung von Dr. Walter Rodney, Historiker, R. Roopnarine, Prof. f. Anglistik, Universität Guayana, Maurice O'die, Ökonom, Direktor des Instituts für Entwicklungsstudien in Georgetown.

Der Prozeß gegen die Angeklagten sollte am 19. August stattfinden.

Zur Unterstützung der Angeklagten wird ein internationales Komitee gegründet. Kontaktadresse für die Sektion BRD: H. Sellin, Koopstr. 10, 2 Hamburg 13.

LESEBRIEF

Liebe LN-Redaktion!

Ich finde, daß Ihr mit dem Mexiko-Artikel ("Schwarzer Reichtum - Grüne Armut") wirklich kein Meisterstück vollbracht habt: konfus, im Gewürzborststil (von jedem etwas) zurechtgefummelt, schlampig mit der heißen Nadel zusammengeflochten. Was sollen die Leser eigentlich mit einem derart halb-garen Zeug anfangen? Wäre es nicht besser gewesen, diesen ganzen Komplex etwas ernsthafter anzupacken - auch wenn Mexiko gerade "in" ist?

Speziell zu einer Sache einige Worte mehr:

In der Tatsache der Verankerung der Agrarreform in der Verfassung wird die Verwirklichung der Ziele der Agrarrevolution gesehen. Die Praxis der Agrarreform wird als Abweichung bzw. Nichtverwirklichung der Verfassungsnorm dargestellt.

Ich glaube, daß beides falsch ist. In aller Kürze dazu:

Im Jahre 1915 kämpfte das Bürgertum in Mexiko mit dem Rücken zur Wand (bzw. zum Meer: in Veracruz) darum, die Kontrolle über die Revolution zurückzugewinnen. Neben die militärische Offensive (Obregon) trat die politische: der Erlaß der Agrarreformgesetze, deren Kern dann später Inhalt der Verfassung wurde. Diese Agrarreformgesetze zielten darauf ab, das unmittelbarste Interesse der Bauern und Landlosen - das Streben nach Land - zu befriedigen, um die weitergehenden Ziele (wie etwa im Plan von Ayala bzw. durch die Zapatistas repräsentiert) zu verschütten. Wie die Geschichte zeigt, gelang es dem Bürgertum durch diese Kombination von Zuckerbrot und Peitsche, die Agrarreform abzuwürgen, die Massenbewegung zu ersticken. Nicht die Ermordung Zapatas 1919 brach der Bauernbewegung den Rücken (was soll eigentlich diese Personalisierung bzw. Identifizierung einer breiten Massenbewegung mit ihrem zweifellos hervorragenden und wichtigen Führer?), vielmehr ist diese Exekution einer nach wie vor für das Bürgertum gefährlichen Symbolfigur nur zu erklären aus der vollkommenen Isolierung, in der sich Zapata zu diesem Zeitpunkt bereits befand. Der Fisch schwamm nicht mehr im Wasser, denn die Bauern hatten ja, was sie unmittelbar wollten: Land (oder hatten doch begründete Aussicht darauf, Land zu bekommen). Warum also weiterkämpfen?

Die eine Seite der Agrarreform ist also ihr Charakter als Pazifizierungsinstrument. Der andere Teil ist aber das Interesse des Bürgertums, tatsächlich die Besitzverhältnisse auf dem Land zu ändern, tatsächlich eine Agrarreform durchzuführen, tatsächlich die Produktivkräfte von ihren feudalen Fesseln zu befreien. Man muß sich von der falschen Vorstellung lösen, Agrarreform sei etwas, was es im Kapitalismus nicht geben könne und was dementsprechend nach der Methode: Widerspruch zwischen Versprechungen und Papier einerseits und Wirklichkeit bzw. wahren Interessen der Herrschenden andererseits behandelt werden kann. Es gibt eine kapitalistische Agrarreform! (Die hat allerdings nichts mit einer sozialistischen Agrarreform zu tun, und wer deren Ziele im Kopf hat und damit die kapitalistische Agrarreform mißt, muß zu sonderlichen Ergebnissen kommen).

Natürlich hat das Bürgertum in Mexiko ein elementares Interesse daran gehabt, die Latifundienwirtschaft radikal zu beseitigen, da sie den Bedürfnissen und

den Bedingungen nicht (mehr) adäquat war: mit einer derartigen, zum damaligen Zeitpunkt bereits unproduktiven Landwirtschaft war nicht die notwendige Kapitalakkumulation zu erreichen, die den Industrialisierungsprozeß vorantreiben sollte.

"Der Großgrundbesitz ist also in Mexiko nie verschwunden." (S.51) "Es ist also keineswegs daran gedacht, den in Mexiko noch existierenden Großgrundbesitz tatsächlich abzuschaffen." (S.52) Nicht alles, was gleich aussieht, ist auch gleich! Das Latifundium der vorrevolutionären Epoche existiert in Mexiko nicht mehr. Und der Großgrundbesitz der heutigen Zeit hat mit diesem Latifundium noch nicht einmal die Größe des Besitzes, geschweige denn irgendetwas anderes gemeinsam. Heute existiert Großgrundbesitz, gerade auch als Folge der Agrarreform (nicht als Überbleibsel), aber nicht als unproduktive Akkumulation an Land, als arbeitskräfteintensive Haciendawirtschaft, sondern als kapitalistischer Agrarbetrieb - wobei die nächste Stufe bereits im Gang ist, nämlich die Kontrolle über den Boden durch die Kontrolle über die Produktion abzulösen (so läßt sich auch die demonstrative Enteignung von "illegalem" Großgrundbesitz erklären, die zudem in der Regel mit Entschädigungszahlen verbunden ist).

Also kurz und gut: die tatsächlichen Ziele der Agrarrevolution sind nicht in der Verfassung von 1917 verankert worden. Die Agrarreform, wie sie geschrieben steht und durchgeführt wurde, war zwar einerseits ein Zugeständnis an die Bauern (kein Reformismus kann leben ohne materielle Vorteile, die er anzubieten hat), andererseits aber gerade auch elementares Bedürfnis des Bürgertums. Der Großgrundbesitz ist kein Überbleibsel, sondern Ergebnis der Agrarreform (Prozeß der Monopolisierung nach Zerschlagung der alten Strukturen auf einer neuen Qualitätsstufe).

Wie gesagt, zu anderen Punkten ließe sich auch noch einiges sagen (das ejido ist z.B. eben keine Form der kollektiven Produktion) und das oben angesprochene Problem der Einschätzung der Agrarreform ist so wahrscheinlich viel zu grob und skizzenhaft dargestellt. Ich wollte damit auch nur bezwecken, Euch anzuhalten, nicht so einfach locker vom Hocker Geschichten in die Welt zu setzen, die ja immerhin von einigen Leuten gelesen und ungeprüft bzw. unüberprüfbar als "Wahrheit" hingenommen werden. Das heißt nun nicht, daß man lange wissenschaftliche Abhandlungen in den LN führen soll, aber wo die Realität etwas komplizierter ist, sollte man sich schon ein wenig mehr Mühe machen und sich nicht von Erscheinungsterminen, Produktionszwang, Artikel-mangel und ähnlichen Sachzwängen auf Abstellgleis drängen lassen.

In diesem Sinn: nicht weiter so, sondern besser, und dann aber um so mehr.

Tschüß Reiner

Antwort

Eigentlich hätten wir es ahnen müssen: eine Darstellung der mexikanischen Agrarverhältnisse, der Geschichte, des Verlaufs und der Ergebnisse der Agrarreform mußte Widerspruch produzieren. Das ist insofern eine normale Sache, als heute weder unter den mexikanischen Sozialwissenschaftlern noch in der Linken auch nur annähernd Einigkeit über die Beurteilung dessen herrscht, was nach den langen und blutigen Kämpfen erreicht wurde. Der Leserbrief enthält einige Behauptungen, die auch in der Linken umstritten sind; dabei muß man in Rechnung stellen, daß - soweit es den *agrarisimo*, also die Agrarbewegung betrifft - die "Linke" in Mexiko bis weit in die rechte Mitte reicht. Dennoch enthält der Leserbrief einige Vorwürfe und Behauptungen, die richtig gestellt werden müssen.

Da ist einmal die Frage nach kapitalistischer vs. sozialistischer Agrarreform. Daß es sich bei der mexikanischen Agrarreform um eine bürgerliche Agrarreform handelt, daran besteht in der Redaktion und auch beim Leserbriefschreiber wohl kein Zweifel. Daß die Forderungen der *campesinos* keineswegs auf eine sozialistische Agrarreform - und das setzte eine sozialistische Revolution voraus - abzielten, muß wohl eigens betont werden. Die Verankerung der Agrarreform in der Verfassung war für die Bauern der erste Schritt zum Erfolg; er entsprach auch ihren Forderungen. Der erwähnte Plan von Ayala, in dem der Leserbriefschreiber weitergehende Vorstellungen der *campesinos* vermutet und der die Forderungen tatsächlich zusammenfaßt, schließt mit den Worten *LIBERTAD, JUSTICIA Y LEY* (Freiheit, Gerechtigkeit und Gesetz). Die weitergehende Forderung der radikaleren Teile der Bauernbewegung *TIERRA Y LIBERTAD* (Land und Freiheit) ist dabei offensichtlich bewußt nicht aufgenommen worden.

Es ist kein Widerspruch zu dem, was wir geschrieben haben, wenn die *campesinos* sich nicht damit zufrieden gaben, daß die Agrarreform Verfassungsrang hatte. Ihre Forderung war die Einlösung der Verfassung. Aber es gab ein folgenschweres Mißverständnis, denn die Bauern hatten andere Vorstellungen von der Durchführung der Agrarreform als die Bourgeoisie. Die Vorstellungen der Bourgeoisie gingen dahin, daß man den Bauern soviel Land geben wollte, daß sie außer für die Bearbeitung ihrer eigenen Betriebe noch für die Lohnarbeit auf den privaten Betrieben zur Verfügung stünden. Die eine Hälfte des Jahres sollten sie auf ihrer Parzelle arbeiten, die andere Hälfte auf den "privaten Ländereien", und nicht als Zapatistas zum Gewehr greifen.

Die "Teilproletarisierung" der Bauern war also bewußt angelegt; die Verfassungswirklichkeit war dabei zumindest teilweise nichts anderes als die Festschreibung des Status Quo: das Fortbestehen kapitalistischer Agrarbetriebe bei eventuell vermindelter Größe. Der heutige Großgrundbesitz ist also sowohl Ausdruck der kontinuierlichen agrarkapitalistischen Entwicklung, die bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts, also vor der Agrarreform, begann, als auch teilweise das Ergebnis der Agrarreform. Es gibt heute noch Latifundien, besonders im Norden; die großen Viehzuchtbetriebe in den nördlichen Bundesstaaten haben ihren Ursprung im vergangenen Jahrhundert; sie sind fast nicht angetastet worden. Und es gibt heute wieder Latifundien, ebenfalls Viehzuchtbetriebe, deren Größe nach hunderttausenden von Hektar mißt; sie liegen hauptsächlich an der Golfküste in heute entwaldeten Zonen des tropischen Tieflands. Die Agrarreform von 1915 und 1917 hat - darin besteht Einigkeit - die agrarkapitalistische Entwicklung gefördert, sie hat sie aber nicht hervorgerufen.

WANDERAUSSTELLUNG

Kinder des Elends

Der Kampf der Armen Lateinamerikas für die Zukunft ihrer Kinder



- Vom 1. - 14.10. in Freiburg (Haus der Jugend)
 17.- 30.10. in Heidelberg
 1. - 15.11. in Darmstadt (Gemeindezentrum der Evang.Stadtkirche, Kiesstrasse)
 19.11.-2.12. in Saarbrücken
 5. - 21.12. in Essen (Volkshochschule der Stadt Essen, Hollestrasse)
 3.-16.1.80 in Osterode/Harz (GEW-Ortsverband)
 18.- 24.1. in Göttingen (Lichtenberg-Gesamtschule)
 27.1.-9.2. in Stade (Jugendfreizeitstätte)
 13.2.-26.2. in Nordhorn (Deutscher Kinderschutzbund)

Vom 27.2.80 - 5.4.80 kann die Ausstellung noch verliehen werden

Interessenten wenden sich dazu bitte an: FDCL, Savignypl.5, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3135065

Eine Kopie der Wanderausstellung ist von der V.I.K. (Vereinigung internationaler Kulturaustausch) Stuttgart, Lerchenstr. 84, angefertigt worden. Die V.I.K. Stuttgart hat noch frühere Termine frei.

PARAGUAY

Rundbrief



Kritische Berichte aus:

Wirtschaft,
Kultur und
politischem Geschehen
in Paraguay

Belieferung erfolgt nach Eingang von DM 10,- (Jahresabo) auf das Konto:
D. Kramer, PschA Fjnt. Kto.-Nr. 130272-609, Kennwort: „Paraguay Rund-
brief“.

PARAGUAY ARBEITS-GRUPPE c/o D. Kramer, Im Hopfgarten 13,
6300 Lahn Rödgen 1



Jahresabonnement

Name: _____

Adresse: _____

Probeheft (kostenlos)

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bei der Informationsstelle Lateinamerika (ila), Römerstr. 88
in 5300 Bonn, liegt eine Materialliste der ila vor (mit über
100 Titeln), die kostenlos zu beziehen ist.

Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V.
Dritte Welt Lehrernitiative



Loseblattsammlung

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

Jede Lieferung umfaßt ca. 30 Seiten + Umschlag,
Format Din A4, zum Kopieren geeignet.

In unregelmäßiger Folge erscheinen zu den einzelnen
Themen Nachlieferungen mit aktuellen Informationen.

Bisherige Lieferungen:

Nr.1: **Nicaragua** — Unterdrückung und Widerstand

Nr.2: **Unterrichtsprojekt**: Praktische Unterstützung
für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingsla-
gern der Westsahara

in Vorbereitung:

Nr.3: **Peru** — Kolonialgeschichte / Wirtschaft / der
"Dritte Weg" und seine Ergebnisse / das Eingrei-
fen des IWF

Nr.4: **Iran** — Die revolutionären Ereignisse / Bezie-
hungen zur BRD / die Rolle der Multis

Nr.5: **Die Dritte Welt Story** — Comic über 500 Jahre
Ausbeutung der Dritten Welt, mit Hintergrund-
informationen

Einzelpreis (incl. Porto): 4,- DM

Abonnement für 6 Nummern einschl. aktuelle Nach-
lieferungen: 24,- DM

Kontaktadresse / Redaktion:

Christian Neveu-du Mont
Elsässerstr. 43

78 Freiburg

Bestellungen an:

CON-media
Osterstr.36

28 Bremen

Probeexemplar anfordern!

ETWAS GEBEN- VIEL NEHMEN.

Entwicklungshelfer berichten:

Matthias Abram
Barbara Baars
Bernd Baumann
Brigitte Dörr
Jürgen Hertel
Hermann Kaese
Friedel Koch
Lothar Lang
Jürgen Lieser
Siegfried Pater
Joy Plathottathil
Rolf Quetting
Gerlinde Rübél
Manfred Schieß
Inge Stevermann
Leo Wiemker

21 Berichte, Kurzgeschichten,
Erzählungen und Dialoge, die
für die Probleme der Dritten
Welt sensibilisieren und zur
kritischen Betrachtungsweise
der Entwicklungspolitik an-
regen wollen.

Vertrieb : Informationsstelle
Lateinamerika (ila) e.V.
Römerstr. 88
D-5300 Bonn 1
T. (02221) 65 86 13

Siegfried Pater (Hrsg.)

112 S. DM 6,--